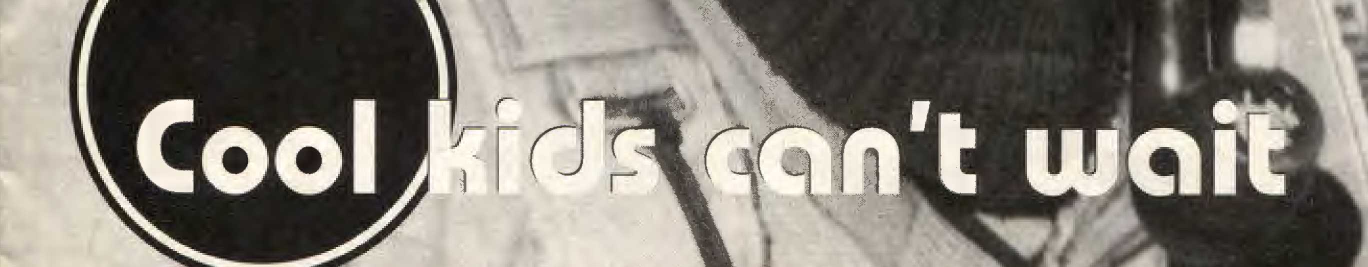
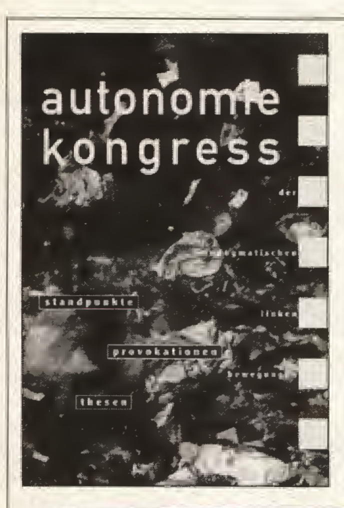


Zeitschrift für Ungeduldige • Nr. 56 • Februar 1997 • umsonst

Ich suche mir meine GenossInnen nicht danach aus, ob sie rauchen oder nicht. Und ich möchte auch nicht danach ausgesucht werden.

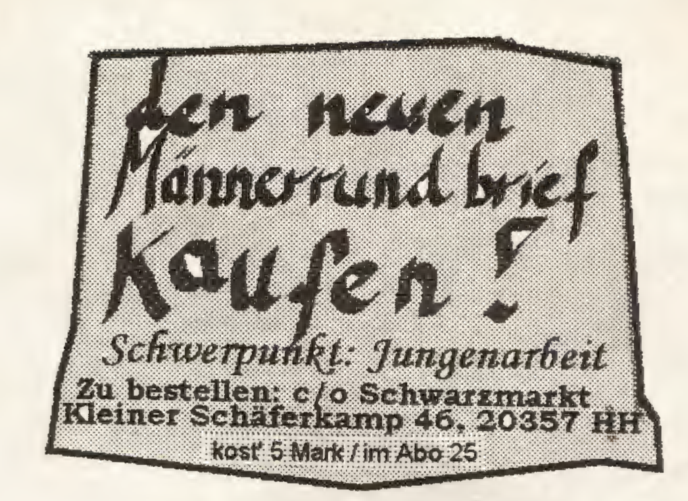




160 Seiten • 12,80 DM

Hat die junge Krankenschwester Anita wirklich ein Verhältnis mit Chefarzt Fleischhauer? Und ist Emil der Mörder des bezaubernden Taxifahrers Jack? Wem gehört der Hund? Und was ist mit Pedro? Spannung, Erotik, Leidenschaft ... Das Private ist politisch! Lesen Sie jetzt die romantische Zusammenstellung unvergeßlicher Stunden des Autonomie-Kongresses.

In jedem guten Infoladen, Buchladen oder bei: **Unrast Verlag** Postfach 8020, 48043 Münster



Die neue Unzensiert ist da
(Nr.49 / jan'97)

Schwerpunkt: Sozialabbau

Bestell-Adresse:

Unzensiert
c/o Infoladen
Südanlage 20 HH
35390 Gießen

Einzelheft: 5,50 DM
Abo: 25 DM (5 Ausgaben)
Knast-Abo: umsonst
(Bitte im Voraus in Scheinen od. Briefmarken zahlen)

UNZENSIERT★

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00



Skorpion
cafe - kneipe - bistro

Beim Grünen Jäger 24
20359 Hamburg
Tel: 439 27 16

Öffnungszeiten: Ab 17.00 Uhr täglich

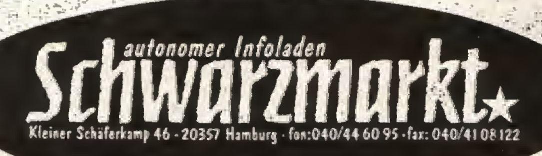
Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

70/20 Jahre Rote Hilfe

Die erste umfangreiche Aufarbeitung
der Geschichte der Roten Hilfe — von vor siebzig Jahren und seit der Wiedergründung vor zwanzig Jahren

Die Broschüre umfaßt 64 Seiten A4. Sie enthält viele historischen Fotos und hat einen vierfarbiger Umschlag.

Vorwärts und nicht vergessen...



Bestellbedingungen:
Einzelbestellungen 8,– DM plus 2,– DM Porto
(= 10,– in Scheinen oder Briefmarken)
ab 5 Exemplare Widerverkäuferrabat 25 %
Dann gilt eine Versandkostenpauschale von 5,– DM

Rote Hilfe e.V.



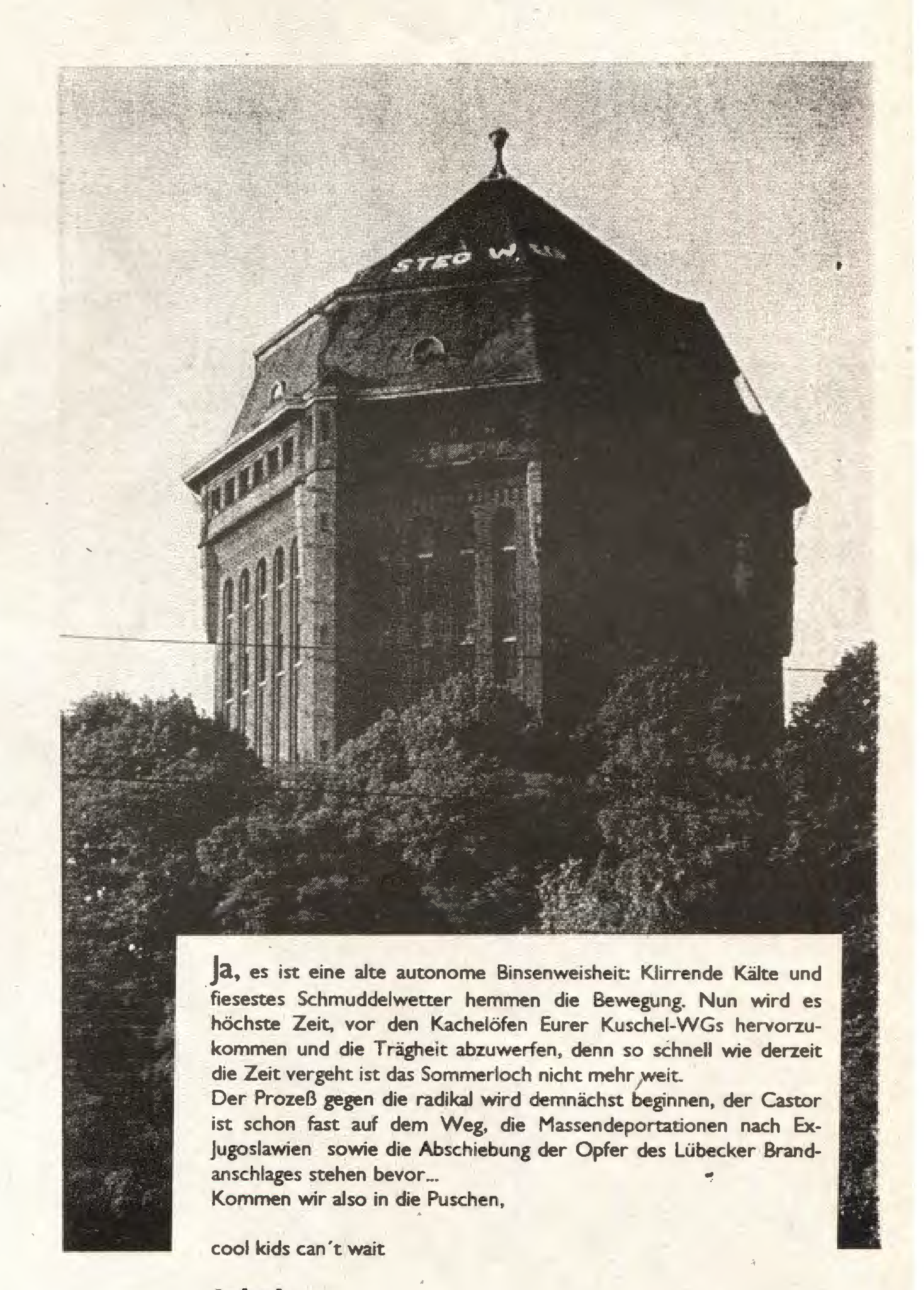
Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (04 31) 7 51 41

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Nils Holgerssohn, Holländische Reihe 13, 22765 Hamburg

Ordnerliste:

„trouw"-Interview mit radi-Beschuldigten
Artikel aus AK zur MRTA in Peru
Trommler sucht Pankbänd



Ja, es ist eine alte autonome Binsenweisheit: Klirrende Kälte und fiesestes Schmuddelwetter hemmen die Bewegung. Nun wird es höchste Zeit, vor den Kachelöfen Eurer Kuschel-WGs hervorzukommen und die Trägheit abzuwerfen, denn so schnell wie derzeit die Zeit vergeht ist das Sommerloch nicht mehr weit.
Der Prozeß gegen die radikal wird demnächst beginnen, der Castor ist schon fast auf dem Weg, die Massendeportationen nach Ex-Jugoslawien sowie die Abschiebung der Opfer des Lübecker Brandanschlages stehen bevor...
Kommen wir also in die Puschen,

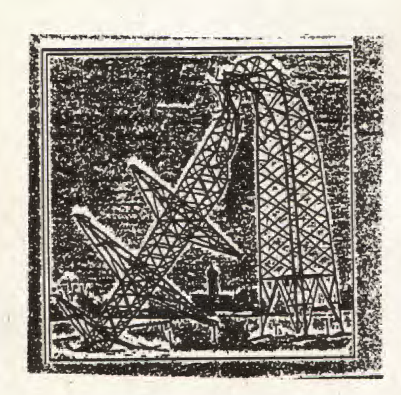
cool kids can't wait

Inhalt:

7.2.97, 13.00 Uhr, Zimmer 292, Amtsgericht Hamburg
Prozeßgegen Claus wegen Widerstand und versuchter Körperverletzung im Zusammenhang mit der Demo am 16.6.95 gegen die Razzien vom 13.06.

Der Ermittlungsausschuß (EA) Hamburg braucht dringend Geld!
Spenden bitte auf "Sonderkonto A", Postbank Hamburg Kto-Nr. 45248-207 BLZ 200 100 20, Stichwort EA.
Kontakt: EA Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Tanzveranstaltung im Leoncavallo
Sa 01.02.97, 22.00 Uhr
Überschüsse zugunsten illegalisierter Flüchtlinge



Aktuelle Infos zum Stand des radikal-Verfahrens:

Die Verfahren sind inzwischen nach Koblenz und Düsseldorf abgegeben worden. Auf der einen Seite sind die 4, die fast ein halbes Jahr im Knast gesessen haben - Ente, Rainer, Werner und Cracker -, gemeinsam vor dem Oberlandesgericht Koblenz angeklagt. Die Anklageschrift ist den vieren im Januar zugegeangen. Der Prozessbeginn wird nicht vor dem Frühjahr sein. Auf der anderen Seite ist das Verfahren gegen fünf Leute ans OLG Düsseldorf abgegeben worden. Diese 5 sind Jutta, Ulli und Glosch - die ein Jahr lang abgetaucht waren, außerdem Matthes, der nach eineinhalb Jahren erst am 25.11.1996 wiedergekommen ist; und eine fünfte Person, gegen die kein Haftbefehl vorlag, deren Verfahren wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal jetzt aber auch abgegeben wurde. Wann in Düsseldorf die Anklageschrift und der Prozeßbeginn zu erwarten sind, kann noch niemand sagen. Bei den "Koblenz-Vieren" sind die Haftbefehle schon seit längerer Zeit aufgehoben, während sie bei den Aufgetauchten nur gegen Auflagen "außer Vollzug gesetzt" wurden. Die Auflagen sind bei Jutta und Ulli vor kurzem etwas gelockert worden, d.h. das Kontaktverbot zu allen Mit-Hauptbeschuldigten wurde aufgehoben und sie müssen sich "nur noch" einmal die Woche bei den Bullen melden. Bei Matthes wurde beim Termin vor dem Haftrichter in Düsseldorf kein Kontaktverbot angeordnet, sein Haftbefehl wurde gegen eine Kaution von 20 000 DM und den Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt.

§ 129 in Lübeck

Im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Radikal hat die Staatsanwaltschaft Flensburg Anklage gegen den presserechtlich Verantwortlichen Lübecker „Antifaschistischen Zeitung" wegen Werbung für eine kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) erhoben.
Grundlage hierfür bilden ein abgedruckter Text von einem der Radikal-Beschuldigten, der sich u.a. mit dem Knastsystem auseinandersetzt, aber auch die Radikal thematisiert. Darüberhinaus wird von der Staatsanwaltschaft behauptet, auch durch den abgedruckten Hinweis auf Soliveranstaltungen sowie einen Spendenaufruf für die Zeitung „radikale zeiten" würde für die Radikal geworben.







Deutsche Generalbundesanwaltschaft verfolgt Spanier in den Niederlanden

Nachdem die deutsche Justiz vor wenigen Monaten versucht hat ihre Zensurmaßstäbe dessen, was Menschen im Internet denken und verbreiten dürfen, weltweit durchzusetzen und den Zugang des niederländischen Providers XS4All in die Bunderepublik sperrte, interveniert sie nun direkt im Ausland. Im Rahmen eines neuen Ermittlungsverfahrens gegen die Zeitschrift »Radikal« wurde in den Niederlanden auf Antrag der BAW eine Wohnung durchsucht.
Am 11. 12. 96 um 9.50 Uhr fand in Vaals (Niederlande) bei Aachen eine Hausdurchsuchung statt. Insgesamt 16 deutsche und niederländische Staatsdiener verschafften sich mit Hilfe eines Schlüsseldienstes Zutritt zur Wohnung. Auf wiederholtes Nachfragen wurde der anwesenden Mitbewohnerin weder von niederländischer noch von deutscher Seite der Grund der Durchsuchung mitgeteilt. Dabei berief sich die deutsche auf die niederländische Seite und umgekehrt. Auf weiteres Drängen hin wurde lediglich mitgeteilt, daß der Durchsuchungsbefehl von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe ausgestellt wurde.
Bei der zwei Stunden dauernden Aktion wurden zwei PCs. Disketten, Fotos, ein Flugblatt und Radikal-Aufkleber beschlagnahmt. Während der ganzen Zeit wurde nicht klar, gegen wen sich die Aktion richtete und weshalb durchsucht wurde. Erst als nach der Durchsuchung ein weiterer Mitbewohner von der Arbeit nach Hause kam und seine Mutter (in Aachen, BRD) anrief, klärte sich der Sachverhalt. Wie sich herausstellte, fand auch bei der Mutter eine Durchsuchung statt. Beschlagnahmt wurde dabei nichts. Hier waren 6 LKA'ler am Werk.
Als Ziel der Durchsuchung wurde folgendes angegeben: »Auffinden der Druckschrift Radikal, Abonentenlisten, Abrechnungsbelege«. Vorgeworfen wird dem Beschuldigten an der Herstellung und Verbreitung der ausschließlich in der BRD verbotenen Zeitschrift Radikal mitgearbeitet zu haben. Die daraus für die BAW resultierenden Straftatbestände sind: Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung, Werbung und Unterstützung einer Terroristischen Vereinigung sowie sonstiger Straftaten.
Die unterstellte Mitarbeit an einer politischen, in der BRD kriminalisierten Zeitschrift, reicht den niederländischen Behörden aus, um Handlangerarbeiten für die deutschen Verfolgungsbehörden zu leisten. Hierbei fuhrt die deutsche Rechtsauffassung im Bezug auf den Inhalt einer Zeitschrift zur gemeinsamen Verfolgung eines in den Niederlanden lebenden Spaniers. Und dies obwohl die Zeitschrift Radikal in den Niederlanden nicht kriminalisiert wird. Die Dimension der Zusammenarbeit zwischen der BRD und den Niederlanden im Rahmen der neuen europäischen »Sicherheitspolitik« spiegelt sich an diesem Fall deutlich wieder. Somit stellen die Vorfalle einen Versuch dar, eine neue Qualität in der Verfolgung politisch unliebsamer Menschen über Grenzen hinweg zu etablieren.
Ermittlungsausschuß Aachen Vereinsstr. 25 52062 Aachen
Für weitere Informationen ebenfalls ansprechbar: Soliplenum 13.6. Koeln c/o Infoladen Koeln Ludolf-Camphausen-Str. 36 50672 Koeln Fax: 02 21/510 27 65

Aktenauswertung im radikal-Verfahren

Hier wird ein weiterer Teil der Aktenauswertung im radikal-Verfahren veröffentlicht. Zur Erinnerung, wir (die Aktenauswertungsstelle) schrieben im August 1996 folgendes:

"Ausgehend von diesen Funden (von der Durchsuchung vom 13. 6. 1995) fanden im Dezember 1995 Durchsuchungen in fünf Städten bei Kontaktadressen statt, wo sie zum Teil erneut fündig wurden. In einer Stadt wurde u.a. ein Koffer mit Layout-Material ergattert. Darüberhinaus fanden sich, laut Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen von 1995, Hinweise dafür, daß nach dem 13. 6. 1995 neue Codes in der radikal-Struktur entwickelt wurden. Schließlich soll, laut BAW und BGH-Beschluß bei der Haftbegründung des Eingeknasteten Kölners, sich dieser als "Quak" zusammen mit dem weiterhin untergetauchten Bremer auch an den letzten beiden radikal-Ausgaben beteiligt haben. Letzteres wird auch den beiden Beschuldigten vorgeworfen, die am 13. 6. 1996 wieder auftauchten und sich stellten, wobei in diesen Fällen ein weniger dringender Tatverdacht vorliegen soll, weswegen sie unter Auflagen haftverschont wurden." (Zitat aus "radikale Zeiten")

Inzwischen gibt es Akteneinsicht für die ehemals Abgetauchten und ihre AnwältInnen. Insgesamt sind es 120 Akten, wovon ein Teil bereits eingetrudelt ist. Dadurch sind wir jetzt in der Lage, näher auf die Durchsuchungen vom Dezember 1995 einzugehen.

Ein Teil dieser Akten ist die Analyse und Beurteilung der "Organisation" radikal durch die Sonderkommission "AG radikal" des BKA. Sie bezieht sich darin auf Observationsberichte vor dem 13. 6. 1995, Funde vom 13. 6. 1995 und Funde vom 19. 12. 1995. Die "AG radikal" sieht darin die bisherigen Ermittlungsergebnisse über die radikal-Struktur bestätigt und erweiterte darüberhinaus den Kreis von bekannten und unbekannten Beschuldigten. Am 19. 12. 1995 wurde nicht nur ein Layout-Koffer ergattert, sondern laut BAW auch eine Reisetasche mit folgendem Inhalt: Disketten, 17 Dateiausdrucke, handschriftliche Notizen. Zu den beschlagnahmten Dateiausdrucken gehören u.a. eine Codierungsliste, die sowohl die Begriffe enthält, die nach Baar-Wanderath und den Funden vom 13. 6. 1995 als radikal-Codewörter und -Decknamen definiert worden sind, als auch - vokabelartig gegenübergestellt - neue Ersatzbegriffe. Weiterhin sind umfangreiche Briefe und Diskussionen dokumentiert, die sich mit der Einschätzung der Lage nach dem 13. 6. 1995 befassen - d.h. unter anderem mit dem Aufenthalt und Kontakt der Abgetauchten, mit Reorganisation und Weiterführung der Struktur, mit Planung und Organisation einer nächsten Zeitungsausgabe (sprich radikal Nr. 153 und Nr. 154), mit Anleitungen zum sicheren Gebrauch technischer Kommunikationsmittel und verschlüsselter Nachrichten (Umgang mit PGP), mit konkreten Verabredungen und Scallnummern, mit Aufgabenverteilungen, mit Funktionen und Bewertungen einzelner MitarbeiterInnen und Gruppen sowie mit Prozeßstrategien. Diese Texte werden auf Juli/August 1995 datiert.

Sie schließen daraus:

- die Bestätigung von Konstrukten und Beschuldigungen, die nach September 1993 und Juli 1995 aufgestellt worden sind.
- daß es Briefwechsel zwischen mindestens drei der Abgetauchten sowie mehreren unbekannten radi-MacherInnen gegeben hat.
- die erklärte Absicht der Beteiligten, das kriminalisierte Projekt fortzusetzen und deren Umsetzung in den radikal-Ausgaben Nr. 153 und Nr. 154, wobei konkrete Inhalte und organisatorische Aufgaben bekannten und unbekannten Personen zugeordnet werden.



- zumindest drei der Abgetauchten sollen sich hauptsächlich in den Niederlanden aufgehalten haben.
- ein Bild von Aufbau und Arbeitsweise des Organisationsnetzes, wobei ein Teil der beteiligten Gruppen und Personen bislang nicht zugeordnet wurde.
- vermutete Verbindungen zwischen Solistruktur und radikal-Beteiligten.

Die Beschuldigten, denen der Prozeß gemacht werden soll, werden zum sogenannten inneren Kreis der radikal-Struktur gerechnet. Dieser Kreis ist um eine Person erweitert worden, so daß jetzt in Koblenz der Prozeß gegen vier und in Düsseldorf gegen fünf Personen vorbereitet wird. Insbesondere Matthes und Glosch werden die Beteiligung an der Planung und Erstellung der radikal-Ausgaben Nr. 153 und Nr. 154 aus dem Abgetauchtsein heraus angelastet. Die Erstellung von zwei Dateien mit dem Namen "Quak" werden Matthes und Glosch zugeordnet. Diese Ausdrucke mußten auch als Grund für die U-Haft von Glosch herhalten, was erst durch die Akteneinsicht deutlich wurde. Aus diesen soll hervorgehen, daß die beiden nach dem 13. 6. 1995 weiterhin in die Erstellung der radikal eingebunden waren und Überlegungen darüber angestellt haben, wie eine Ausgabe in den Niederlanden produziert werden könnte. Außerdem sollen sie die Verbindung zu der Kontaktadresse gewesen sein. Die Auswertung der Durchsuchung vom 19. 12. 1995 führte zu einer Erweiterung des Beschuldigtenkreises. Aufgrund von beschlagnahmten handschriftlichen Notizen, wird jetzt einer Person Mitgliedschaft vorgeworfen, konkret die Erstellung der Rubrik "olga" innerhalb der radikal.

Besondere Bedeutung wird der Nutzung moderner Kommunikationsmittel (Scall, Internet) durch die radikal-Struktur zugemessen: Für ihre konspirative Kommunikation, für die verdeckte Herstellung und Vertreibung der Zeitung, (Bezugsadressen im Internet, auch im Ausland werden wiedergegeben) und die Entwicklung und Verknüpfung illegaler Strukturen allgemein. Die "AG radikal" geht ausführlich auf einen Internet-Provider in den Niederlanden ein, bei dem die radikal abrufbar ist, bis hin zur Überprüfung des Vereinsvorstandes von xs4all. Die AG des BKA schließt mit der Einschätzung, daß die radikal auch zukünftig Vorreiter- und Vorbildfunktion für den Linksextremismus und - terrorismus haben könnte. Die Funde vom 19. 12. 1995 werden in ihrer Qualität denen vom 13. 6. 1995 gleichgesetzt.

An dieser Stelle wollen wir Euch noch mal auffordern, alles oben gelesene durch die "Brille von haben, könnte, soll, angeblich, laut BAW usw." zu verdauen. Wir geben hier die Sicht von BKA, BAW und BGH wieder. Die Informationen umfassen wieder nur einen Teil der Aktenlage. Wir werden uns bemühen, die weiterhin eintrudelnden Akten auszuwerten und Euch inhaltlich wiederzugeben. Wir melden uns jedoch erst wieder, wenn die Aktenlage in ihrer Vollständigkeit zu überblicken ist.

Abschließend möchten wir bemerken, es zieht sich ein roter Faden durch die Akten. Es läßt sich eine Kontinuität in den Ermittlungen seitens BKA, BAW und BGH feststellen. Ebenso eine Kontinuität in (sollten sie authentisch sein) Funden und (sollte es sich so abgespielt haben) Fehlern.

Auswertungsstelle im radikal-Verfahren, Januar 1997



Gegen das Schweigen der Lämmer - für das Blöken der Schafe ...

Zur Soliarbeit im *radikal*-Verfahren

Im Sommer 96 erschien in der holländischen Tageszeitung *"Trouw"* (Auflage 120.000) ein Artikel über drei Untergetauchte aus dem *radikal*-Verfahren. Dieser basiert auf einem Gespräch der drei mit einem Journalisten der Zeitung über ihre Gründe unterzutauchen, über ihre Einschätzungen zu dem Verfahren und über ihre Perspektiven zu dieser Zeit.

Von der Existenz dieses Artikels wissen wir - wie die meisten von Euch sicherlich auch - schon seit geraumer Zeit. Den genauen Inhalt kennen wir allerdings erst seit ein paar Tagen. Daß wir uns erst jetzt dazu entschlossen haben, diesen Artikel zu erwähnen und unsere Meinung dazu kundzutun, liegt hauptsächlich daran, daß wir davon ausgegangen sind, daß es aus Kreisen der Soli-Gruppen eine Stellungnahme dazu geben würde. Dies ist nicht der Fall und ist offensichtlich auch nicht für die nächste Zeit geplant.

Eigentlich hätten wir an dieser Stelle gern den besagten Artikel abgedruckt, um ihn aus dem Nebel der Gerüchteküche zu holen und allen, die an einer Diskussion um die Soliarbeit interessiert sind, zugänglich zu machen. Letztlich scheiterte das daran, daß es keine deutsche Übersetzung des Artikels gibt, die sich für eine Veröffentlichung eignet bzw. daran, daß der holländische Originaltext für uns nicht (mehr) aufzutreiben war. Um nicht den Fehler weiterzuführen - ohne die Möglichkeit zu schaffen, allen den genauen Inhalt zugänglich zu machen - hier eine Bewertung zu veröffentlichen, die dann kaum greifbar und diskutierbar für Euch ist, verweisen wir darauf, daß wir die relativ schlechte deutsche Übersetzung, die uns vorliegt in unseren Ordner packen. Sie ist ebenso *im Archiv der sozialen Bewegung* zu finden.

Den Beschluß der bundesweiten Soli-Struktur, den Artikel nicht zu veröffentlichen, halten wir für falsch. Uns sind zumindest keine Gründe bekannt, die uns von der Richtigkeit und dem Sinn dieser Entscheidung überzeugen konnten. Für uns ist die momentane Handhabung der Soli-Struktur in diesem Punkt, nämlich einen bereits in 120.00er Auflage veröffentlichten Artikel aus Holland hier als "Geheimsache" zu behandeln, unverständlich. Folge dieser Praxis ist, daß statt einer Diskussion über das Entstehen dieses Artikels, Kritik daran und vor allem, eventuellen Konsequenzen daraus und Umgang damit, die Gerüchte blühen und Spekulationen, was denn in diesem Artikel wohl gestanden haben mag, wuchern.

Sicher gibt es zur Zeit - auch angesichts der Anklageschrift, die nun raus ist - wichtigeres zu diskutieren als diesen ominösen und überflussigen Artikel. Aber den eigenen GenossInnen lediglich karg dosierte Informationshäppchen zukommen zu lassen, ist der Soliarbeit nicht gerade zuträglich.

Inhaltlich verwundert uns bei diesem Artikel, wie freizügig die Interviewten aus dem Nähkästchen plaudern: vom Namen des Exillandes, über Einschätzungen der politischen Funktion der *radi* und einer Bewertung der staatlichen Repression, bis hin zum lavierenden Umgang mit den Vorwürfen. Einer solchen Praxis stehen Vorgehensweisen und Kriterien der bundesdeutschen Linken entgegen, die in zahllosen Diskussionen und Kampagnen immer wieder propagiert wurden:

- Kein Offenlegen von linken Strukturen in der Öffentlichkeit.
- Allergrößte Vorsicht bei der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Medien.
- Keine individualistischen Alleingänge.

Diese Kriterien sind wohl begründet: der wesentliche Punkt dabei ist doch, daß es nie eine/n alleine betrifft, was mensch da ins Diktiergerät plaudert - es gibt andere Beschuldigte aus dem gleichen Verfahren, es gibt FreundInnen und GenossInnen, die in das Verfahren hineingezogen werden könnten. Wir wollen damit jetzt nicht die Interviewten dafür verurteilen, wir haben allerdings brennendes Interesse daran, von ihnen genau zu solchen Punkten und ihren Gründen, sich trotz dieser „Risiken" zur Mitarbeit an einem solchen Artikel entschieden zu haben, was zu hören.

Was nun den weiteren Umgang der Soli-Struktur mit diesem Artikel, sprich den Beschluß, ihn weder zu veröffentlichen, noch sich zu dieser Entscheidung, geschweige denn ihrer Meinung zu dem Artikel an die linke Öffentlichkeit zu wenden, erinnert uns stark an die abgeblockte Diskussion um die Politik der *aiz*, bzw. das Verhältnis in der Linken zu dieser, als einer der verfolgten Gruppen im Rahmen der Razzien von 13.6. 95. Die damals vorgebrachte Einschätzung bzw. Befürchtung, es könnte im Rahmen der Soliarbeit Diskussionen losgetreten werden, die in die "falsche Richtung" laufen und womöglich zu Entsolidarisierung und Spaltung führen, teilen wir nicht. Wir finden sie sogar falsch und unproduktiv, weil das Resultat ist, daß keine Diskussionen geführt wurden/werden und sich immer mehr Leute genervt aus der Soliarbeit zurückziehen. Wir halten inhaltliche Auseinandersetzungen um Positionen und Praxis der von einem Verfahren betroffenen Gruppen und Personen für einen wesentlichen und unverzichtbaren Teil der Soliarbeit, ohne den weder die inhaltliche Entwicklung von Positionen und Strategien des Umgangs mit Repression und Kriminalisierung, noch eine Mobilisierung innerhalb der Linken vonstatten gehen kann. Daß Kritik durchaus solidarisch und produktiv sein kann, scheint innerhalb der Soli-Struktur in Vergessenheit geraten zu sein.

Die mangelnde Transparenz der Diskussionen und Auseinandersetzungen um strittige Fragen/Themen innerhalb des Wustes der Soliarbeit gipfelte Ende letzten Jahres in einer Erklärung der Soligruppe HH zu ihrer Distanzierung von Michael und Bernhard, die unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der *aiz* seit nunmehr fast einem Jahr eingeknastet sind. Diese bedeutende Entscheidung war nur in ihrem Energebnis nachzulesen, ohne daß ein wie auch immer gearteter gemeinsamer Diskussions- und Entscheidungsprozeß möglich bzw. nachvollziehbar gewesen wäre.

Im Hinblick auf die wahrscheinlich bald stattfindenden Prozesse im *radikal*-Verfahren halten wir es für dringend notwendig, diese Praxis fehlender Transparenz und öffentlicher Auseinandersetzung zu verändern und die bestehenden Informationshierarchien bzw. Informationsmonopole abzubauen. Die Soliarbeit muß wieder auf eine breitere Basis gestellt werden, denn nur so kann es eine powrige Unterstützung für die Angeklagten geben, die sie doch wohl dringend brauchen und von uns auch kriegen sollen!!! Es ist wichtig, daß Möglichkeiten für Interessierte geschaffen werden, sich über den aktuellen Stand zu informieren, daß der Gerüchteküche durch genaue Informationen etwas entgegengesetzt wird und daß eine Offenheit in prozeß- und unterstützungsrelevanten Themen geschaffen wird, in der "banale" Fragen, aber auch Kritik auch aus der "nichtorganisierten" Unterstützungsszene Raum haben und in die Diskussionen der Soli-Struktur miteinfließen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn es erneut ein offenes Soli-Plenum oder ein Info-Cafe geben würde, daß es leichter macht, sich auch von außen sowohl an offenen Fragen und Auseinandersetzungen, als auch an konkret anfallender Unterstützungsarbeit zu beteiligen.

Mit immer noch & ausdrücklich solidarischen Grüßen insbesondere an die Angeklagten

ZECK-Red.

Offener Brief an die Soligruppe Hamburg zum Umgang mit Bernhard und Michael.

Leider haben wir keine Adresse von euch und konnten euch deshalb diesen Brief auch nicht direkt zuschicken. Vielleicht werdet ihr daher auch nicht die ersten sein, die ihn lesen.

Wir - das Redaktionskollektiv der RAZZ - Zeitung für ein radikales Hannover - melden uns zu Wort, da wir in der RAZZ Nr. 85, 12/96 die Erklärung der Soligruppe Hamburg zum Umgang mit Bernhard und Michael veröffentlicht haben. Ein Beitrag, der uns nicht zugeschickt wurde, sondern den wir aus der Zeck übernommen haben mit dem ebenfalls dort erschienenen Kritiktext "Soliarbeit?".

Dazu erhielten wir schriftlich eine harte Kritik eines Genossen (die nicht zur Veröffentlichung gedacht war), der uns (unverantwortliche) Oberflächlichkeit im Umgang mit diesem Text vorwirft. Und er hat recht.

Indem wir "die verheerenden Bewertungen einfach so weiter verbreitet" haben (Zitat aus dem Brief), haben wir einen weiteren Beitrag zur Isolierung von Bernhard und Michael geleistet. Und das, ohne daß es die Darstellung einer nachvollziehbaren Auseinandersetzung gab. Die Soligruppe präsentiert lediglich ihre Ergebnisse und bezieht sich "nur auf einige Positionen aus seinem (Bernhards) Brief" (Zitat aus der Erklärung). Dabei werden nicht einmal diese "einigen" dargestellt. Auch bleibt offen, warum die Soligruppe überhaupt noch über die Haftbedingungen und den Stand der Verfahren berichten will, wenn sie festgestellt hat, "daß es keine Gemeinsamkeiten gibt und daß beide teilweise auf der anderen Seite der Barrikade stehen" (Zitat Erklärung). Wir finden es notwendig, solche Sätze inhaltlich auszuführen und genauer zu begründen. Die Erklärung ermöglicht weder eine Auseinandersetzung mit den Positionen (und den Personen) Bernhards und Michaels, noch um den Sinn und den Inhalt von Solidaritätsarbeit. Einzige Folge ist die weitere Isolierung der beiden Gefangenen, und es ist bekannt, daß es viele gibt, die das "Kapitel Bernhard und Michael" lieber gestern als heute beendet hätten.

Wir können die Veröffentlichung nicht rückgängig machen, aber wollen sie nicht als bedauernswerten Ausrutscher unter seufzenden Schuldeingeständnissen unsererseits verschwinden lassen. Wir hoffen, mit diesem offenen Brief möglichst viel zu erreichen.

Wir werden auch versuchen mit Bernhard und Michael Kontakt aufzunehmen, denn wir denken, daß auch sie zu dem allem was zu sagen haben und vielleicht ein bißchen Licht ins Dunkel bringen.

Das RAZZ-Redaktionskollektiv Jan. 1997

P.S. Wo wir gerade beim Thema sind: Wir finden die beständige Vermischung von Äußerungen zum Umgang mit Bernhard und Michael und zur AIZ unmöglich und blockierend für weitere Auseinandersetzungen.

castor * castor * castor * castor* castor *castor * castor * castor

++



Castor-Alarm
Wir stellen uns quer.

Schon zweimal gab es für das Wendland einen Tag X. Beim ersten Castor-Transport gingen 2000 Menschen auf die Straße - der Einsatz von 15.000 BeamtInnen kostete 55 Mio. Mark. Beim zweiten Castor waren es über 10.000 ProtestiererInnen - rund 19.000 BeamtInnen kosteten 90 Mio. Mark. Seitdem geht bei PolitikerInnen und Betreibern die Angst um. Um einen weiteren Transport überhaupt finanzierbar zu machen, sollen sechs Behälter gleichzeitig vorraussichtlich in der ersten Märzwoche quer durch die Republik geschickt werden. Wir nehmen die Aufforderung zum Tanz an!

Den Castor stoppen, bevor er losfährt!

Es war unser Erfolg, daß die für November geplanten Transporte aus Grundremmingen und Neckarwestheim nicht losgefahren sind. Wenn wir jetzt entschlossen handeln, haben wir gute Chancen, die Transporte endgültig zu kippen. Wir müssen vielfältig, flexibel und unkalkulierbar agieren - nicht erst am Transporttag X, sondern schon in der Zeit davor. Möglichkeiten zum Eingreifen gibt es genügend...

Das Streckenkonzept

Wir sind schon vorher da! Am Wochenende vor dem vorraussichtlichen Transporttermin beginnt das „X-minus Konzept“. Bereits Tage vorher werden

sich zahlreiche Menschen in Camps und Wagenburgen bei den Transportstrecken an Schiene und Straße einfinden. Wir werden uns einrichten und unseren Widerstand durch eine Vielfalt unübersehbarer Zeichen sichtbar machen. Wir werden präsent sein!

Das Wochenende davor
Sonnabend
11 Uhr: Treffpunkt an mehreren Orten in Lüneburg und Sternmarsch
12 Uhr: Auftaktkundgebung
16 Uhr: Konvoi über Dahlenburg nach Dannenberg

Sonntag
- Sammelpunkt und Kurzkundgebung bei Dannenberg
- „Die Stunkparade" mit Schleppern und Wagen auf der Transportstrecke vom Verladekran Dannenberg zum Zwischenlager
- Kundgebung am Endlager
- Einrichtung der Camps und Wagenburgen entlang der Transportstrecke

Ab Montag: Wir sind eingerichtet!
(aus einem Aufrufflugblatt)

SIEMENS ABSCHALTEN! Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit! Sofortige Stillegung der HERRschenden Klasse!

Aus Anlaß des 150jährigen Jubiläums des Siemens-Konzerns und der am 13.2.97 im ICC in Berlin stattfindenden Hauptaktionärsversammlung rufen wir zu einer Anti-Atomkraft-Demonstration mit feministischen, antirassistischen und antikapitalistischen Inhalten auf.
Das Siemens-Jubiläum ist für uns ein Anlaß, um die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge, die damit verbunden sind, aufzuzeigen und anzugreifen:
- das von feministischer Theorie kritisierte patriarchale Technik- und (Natur)Wissenschaftsverständnis, welches auf die BeHERRschung von „Natur" und Menschen ausgerichtet ist. In der Entwicklung und dem Betrieb von Atomanlagen drückt sich die patriarchale Selbstüberschätzung aus, eine todbringende Technologie beHERRschen zu können und zu wollen.
- die auf Ausbeutung basierende kapitalistische Produktionsweise, deren einziges Motiv die Profitmaximierung ist. Entfremdete Lohnarbeit und unbezahlte Reproduktionsarbeit, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird, bilden noch immer die Grundlage, auf der Banken und Konzerne ihre Geschäfte machen, wie z.B. die Dresdener Bank bei der Mitfinanzierung des im Bau befindlichen Endlagers Gorleben.
- die rassistische Vorgehensweise in der Atompolitik, die sich durch die Auswahl der Orte für Atombombentests im Pazifik, Uranabbau in Kanada, Amerika und Australien und der daraus resultierenden radioaktiven Verseuchung der Lebensgrundlagen der meist indigenen Bevölkerung ausdrückt.
- die imperialistische Ausbeutung des Trikonts (Lateinamerika, Afrika, Asien) durch die kapitalistischen Zentren mit dem Ziel, sich dortige Rohstoffe für die verschwenderischen Produktionsverhältnisse und den Konsumwahn der Industriestaaten anzueignen. Tragende Bestandteile dieser Ausbeutung sind die militärische Abschottung der Zentren („Festung Europa") und die rassistische Flüchtlingspolitik (Abschiebungen, Abschaffung des Asylrechts).
Es geht uns auch darum, mit dieser Demonstration über den reinen Anti-Castor-Widerstand hinausgehende Inhalte zu vermitteln. Wir wollen deutlich machen, daß es um mehr geht als den Ausstieg aus dem Atomprogramm. Wir halten an der Forderung nach einem selbstbestimmten, HERRschaftsfreien Leben fest!
Unsere Kritik richtet sich auch an diejenigen Teile der Anti-Atom-Bewegung, in denen sexistische, ökofaschistische oder nationalistische Positionen noch immer Raum einnehmen können. Außerdem wehren wir uns gegen die Versuche, militanten Widerstand zu kriminalisieren und die Bewegung an dem Einsatz der Mittel spalten zu wollen, sowie gegen die Absicht, diesen Widerstand ProvokateurInnen oder dem Staatsschutz zuzuschreiben.
Ob friedlich oder militant - wichtig ist der Widerstand!
Wir begreifen die Demo auch als Teil der Kampagne gegen die Castor-Transporte ins Wendland und in diesem Zusammenhang als Mobilisierung auf den Tag NIX^3, der für Anfang März zu befürchten ist.

Demo Samstag 8.2.97 13 Uhr Breitscheidplatz Berlin

Schienenaktionstag 15.2.

An diesem Tage soll sie sich zeigen, die Breite und Vielfalt der Bewegung, soll deutlich werden, daß wir uns nicht in gut und böse, gewaltfrei und militant, Staatsfeinde und besorgte BürgerInnen spalten lassen, daß wir nach wie vor zum gemeinsamen, zielgerichteten Handeln in der Lage sind. D.h., die ganze Palette ist gefragt, und damit ist jede und jeder aufgerufen, sich gemäß ihrer/seiner Vorstellung von Protest und Widerstand einzubringen. Dabei gilt es darauf zu achten, sich nicht gegenseitig zu gefährden und die unterschiedlichsten Aktionsformen gleichermaßen zu respektieren.
Es sollen ganz konkret jene Schritte, die einzelne Gruppen schon in Richtung auf eine Entwidmung (der Bahnstrecke) unternommen haben, fortgesetzt werden. Darunter muß nicht nur eine Demontage des Gleiskörpers verstanden werden, sondern diese Entwidmung kann auf ganz unterschiedliche Art und Weise erfolgen. So können in Senken Feuchtbiotope entstehen, während an anderen Stellen Bäume und Sträucher gepflanzt und aus den vorhandenen Schottersteinen Trockenmauern aufgeschichtet werden. Der Bahndamm kann zu Radwegen umgebaut werden, wieder woanders können Hütten errichtet und so ganze Widerstandsnester aufgebaut werden. Daneben fehlt immer wieder hier und dort ein Stück Gleis, ist der Bahndamm abgetragen, sind Gleise unterhöhlt, findet sich in der Landschaft gebrauchte Kunst, entstanden aus den Materialien, die die Strecke so bietet.
Gelegenheit zum Plausch bieten Stände mit Kaffee und Kuchen, den neuesten Infos und dergleichen mehr in Stoetze, Zernien und Pudripp. Also, der Möglichkeiten sind da viele, denkt Euch eigene aus, bringt Euch mit vorbereiteten Aktionen ein oder schaut einfach vorbei!

Auftakt 12 Uhr Zernien
Abschlußkundgebung 17 Uhr Bahnhof Hitzacker



Mit den Radikalen RadlerInnen zum Tag X^3

Die Radikalen RadlerInnen haben sich neugegründet und rufen auf zu einer Radwanderung zum Tag X^3 von Hamburg aus am Freitag vor dem Tag X^3 ins Wendland auf. Treffpunkt ist 13 Uhr Sternschanzenpark am Spielplatz Dänenweg, mitzubringen sind ein (nicht schrottreifes) Fahrrad, ein dicker Schlafsack und Proviant für drei Mahlzeiten. Die Radwanderung wird zunächst nach Lüneburg führen, wo auf einem Bauernhof übernachtet werden wird. Nach der Auftaktkundgebung am Sonnabend gehts dann weiter nach Dannenberg.
Kontakt: Radikale RadlerInnen, c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Gerichtlich legitimierter Totschlag?

Am 7.12.1993 erstach Wilfried Schubert im Zug von Hamburg nach Buchholz den 19jährigen Gambier Bolong Jamba. Wilfried Schubert ist kein orientierungsloser Jugendlicher, kein Skinhead, kein biersaufender Randalierer, sondern ein stinknormaler 54jähriger Deutscher mit akademischer Ausbildung und fester Anstellung als Ingenieur bei der Hamburger Umweltbehörde.
Das Gericht ermittelte später folgenden Tathergang:
Schubert war an jenem Tag auf dem Rückweg von seinem Arbeitsplatz zu seinem Wohnort Buchholz. Wohl wie gewohnt, nahm er im Zug "sein" 1.-Klasse-Abteil in Beschlag, zog die Sitze zusammen, legte die Füße auf den Platz gegenüber (nicht ohne vorher die Schuhe ausgezogen zu haben!) und löschte das Licht. Der Zug war überfüllt.
Kurz vor Harburg kam Bolong Jamba auf der Suche nach einem Sitzplatz zu Schubert ins Abteil und setzte sich dort auf einen der freien Plätze. Schubert fühlte sich gestört in "seinem" Abteil. Er versuchte Jamba hinauszuekeln, indem er das Fenster öffnete. Jamba, der nur dünn angezogen war, fror; er ging zum Fenster und schloß es wieder, woraufhin Schubert es wieder öffnete. Laut Zeugenaussagen wiederholte sich dieses "Spiel" mehrere Male. Als Schubert erneut das Fenster öffnete, ging Jamba auf ihn zu und drohte ihm mit erhobener Faust. Da griff Schubert in seine Manteltasche, zog sein dolchartiges Fahrtenmesser heraus, das er immer bei sich trug, "um sich jederzeit verteidigen zu können", und stach zu. Er fügte Jamba damit eine acht Zentimeter tiefe Stichwunde am Bauch zu; an mehreren Stellen war der Dünndarm durchtrennt.
In dem darauffolgenden Kampf verletzte Schubert B. Jamba noch durch weitere Stiche bzw. Schnitte.
Als schließlich Mitreisende, die vom Gang aus den Vorfall beobachtet hatten, eingriffen, ließ Schubert von Jamba ab, der auf den Gang stürzte und dort zusammenbrach. Noch am selben Abend starb Bolong Jamba im Buchholzer Krankenhaus.
"Seelenruhig", so berichteten Zeugen, habe Schubert das Messer an seiner Hose abgewischt und sich zum Verlassen des Zuges bereit gemacht. Er sei "erstaunt" und "etwas verärgert" gewesen, als der inzwischen herbeigerufene Schaffner ihn kurzerhand im Abteil einschloß, wo er, nachdem der Zug den Buchholzer Bahnhof erreicht hatte, verhaftet wurde.
Doch schon bald darauf geht alles seinen normalen rassistischen Gang. Er wird noch am selben Abend auf freien Fuß gesetzt. Die Staatsanwaltschaft teilt dann auch bald mit, daß sie nur wegen "Körperverletzung mit Todesfolge" ermittelt, also nicht etwa wegen Totschlags oder Mordes.
Die Presse zitiert die Polizeimeldung und zeichnet ansonsten Jamba als pöbelnden, randalierenden Asylbewerber aus Ghana, der andere Fahrgäste belästigt habe.
Einzig das Nordheider Wochenblatt zeichnete sich durch eigene Recherchen und einer kritischen Berichterstattung zu dem Vorfall aus. Diesem Engagement, dem Druck afrikanischer Organisationen und dem Scheeßeler Arbeitskreis Asyl ist es wohl zu verdanken, daß überhaupt genauere Untersuchungen angestellt wurden und im März/April 1995 endlich der Prozeß gegen W. Schubert stattfindet. Weitgehend unbeachtet von Presse, linker und liberaler Öffentlichkeit wird am 7.4.95 das Urteil gesprochen: Freispruch. W. Schubert habe in Notwehr gehandelt.
Obwohl das Gericht wesentliche Aussagen seiner Einlassung als durch die Beweisaufnahme widerlegt ansah, folgte es Schuberts Darstellung eines tätlichen Angriffs durch Jamba, obwohl keiner der Zeugen dazu genaue Beobachtungen machen konnte.
Das Gericht stellte fest: "...trotz der vorrangegangenen Provokation (durch Sch.) war Jamba in keiner Weise berechtigt, den Angeklagten tätlich anzugreifen."
"Das vorangegangene Verhalten des Angeklagten (...) kann (..) weder als Absichtsprovokation noch als sonst rechtswidrige und vorwerfbare Herbeiführung einer Notwehrlage angesehen werden." Die Notwehrlage, in der er sich befunden habe, gäbe ihm das Recht, "zu seiner Verteidigung das für ihn erreichbare Abwehrmittel zu wählen". Der "kleine", "eher schmächtige" Schubert hatte demnach keine andere Möglichkeit, sich gegen einen drohenden Angriff durch Jamba, der von seinem Zimmernachbarn als etwa 1,65m groß und nicht unbedingt kräftig beschrieben wurde, zu verteidigen, als ihn zu erstechen.
Schuberts Verhalten sei auch nicht durch eine "ausländerfeindliche Gesinnung" motiviert gewesen. Äußerungen über "Farbige", die er "Bimbo" oder "Teerpappe" nannte (so die Aussage eines Arbeitskollegen) schienen dem Gericht nicht relevant, da der Hintergrund solcher Äußerungen nicht aufzuklären gewesen sei. Auch wurde Schubert zugute gehalten, daß er mit einer ausländischen Frau verheiratet sei.
Der Hamburger Rechtsanwalt Debler, der im Auftrag eines Verwandten Jambas die Nebenklagevertretung übernommen hat, legte Revision gegen das Urteil ein. (Gegen das Landgerichtsurteil ist keine Berufung möglich, sondern nur eine Revision, also eine Überprüfung auf formaljuristische Fehler.)
Am 23.3.96 verhandelte der Bundesgerichtshof über den Antrag auf Revision. Der Freispruch wurde in allen Feststellungen aufgehoben. Der Bundesgerichtshof hat den Fall zur erneuten Verhandlung ans Landgericht Stade zurückverwiesen.

Prozeßtermine sind:
27.1.97; 3.2.97; 5.2.97; 10.2.97; 12.2.97

Alle Verhandlungen finden vor dem Landgericht Stade, Willhadikirchhof 1 im Schwurgerichtssaal, 1. Stock statt. Beginn jeweils 9 Uhr.

Mumia Abu Jamal

Am 18. Oktober 1996 hat die Stadt Venedig Mumia Abu Jamal zum Ehrenbürger ernannt. Die Ehrenbürgerschaft wurde vom Stadtdirektor an Romana Afrika als Repräsentantin von MOVE übergeben. Der Stadtdirektor betonte, daß Venedig mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft ihren Protest gegen die Todesstrafe ausdrücken wolle.
Unterdessen hat die Bonner Uni im November versucht eine Filmvorführung über das Leben Mumias zu verhindern.

Ideologie und Praxis der Vertreibungspolitik in Hamburg

Soziale Zonierung des öffentlichen Raumes

aus AK Nr. 398

„Eine Drucksache außer Kontrolle", so titelte das *Hamburger Abendblatt* vom 19.10.1996. Anlaß war die unerwartet lang anhaltende und heftige öffentliche Debatte um den berühmt-berüchtigten Senatsdrucksachenentwurf „*Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt*". Seit Juli diesen Jahres kursierte dieses vertrauliche Papier der Innenbehörde, als dessen eigentlicher Drahtzieher der Erste Bürgermeister Henning Voscherau gilt. Zur Erinnerung (1): Hintergrund des Textes ist eine Befragung der Hamburger Polizeireviere und eine „Kriminologische Regionalstudie" des LKA in Altona, St. Georg, Billstedt und Bergedorf zur „Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger". Die Polizei und die Innenbehörde fassen dabei Bettelei und Hundescheiße, Drogenszene und wilde Müllkippen, Graffitis und Schrott-Autos zu einem Paket der „Unwirtlichkeit der Stadt" zusammen. Es ist zum einen dieses sozialhygienische Vokabular in dem Papier, das Empörung verursacht, und das von einigen Sozialdemokraten wie z.B. dem Bürgerschaftsabgeordneten Holger Christier (SPD) als „unglückliche Wortwahl" bezeichnet wird.

Am 29.10.1996 erklärte der Senat – sicherlich unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik und der heftigen Auseinandersetzungen in der SPD – diesen Drucksachenentwurf für erledigt. In einer neuen Drucksache sollen polizeilich-repressive Instrumente zur „Sauberhaltung der Stadt" nur noch geprüft werden. Ansonsten stehen – in der Praxis oft nicht minder repressive – sozialpolitische Maßnahmen im Vordergrund, mit denen Bettelei, Graffiti-Sprayerei und offene Drogenszene bekämpft werden sollen. Nichtsdestoweniger läßt der Erste Bürgermeister in einer persönlichen Erklärung keinen Zweifel daran aufkommen, daß er eine polizeiliche Lösung von offener Armut und Verelendung auch weiterhin anstrebt: „*Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir – mehr als in früheren, leichteren Zeiten – ... eine starke Demokratie mit Maß und Mut zu konsequenterem Durchgreifen gegenüber Fehlverhalten im Einzelfall.*" (persönliche Erklärung Voscheraus vom 29.10.1996). In Zeiten zunehmender sozialer Polarisierung und sozialer Konflikte will Voscherau die „wehrhafte Demokratie" oder – mit etwas anderen, aber richtigeren Worten – Polizei und Justiz als offene und direkte Instrumente der Klassenherrschaft. In der Pressekonferenz vom 29.10.1996 stellte Voscherau demzufolge auch klar, daß er natürlich davon ausgeht, daß die erwähnten „Prüfungen" zu dem Ergebnis führen, daß Rechtsgrundlagen für polizeiliches Vorgehen existieren und angewandt werden.

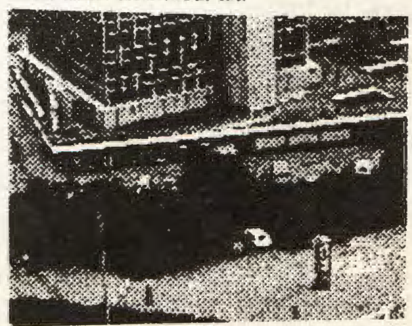
Privatisierung des öffentlichen Raums

Was Voscherau damit sehr deutlich androht, ist die ungebrochene Aktualität der „Vertreibungsdrucksache" in der zukünftigen (sozial-)politischen Auseinandersetzung in Hamburg. Es lohnt sich daher, die Logik dieses Drucksachenentwurfs näher zu betrachten.

Der Drucksachenentwurf geht von einem sozialhygienischen Vokabular über zu einer unmißverständlichen sozialhygienischen Praxis: Das Ziel ist erklärtermaßen die Bekämpfung der *sichtbaren* Erscheinungsformen von zunehmender Armut und Elend, die Verhinderung von „*Konzentration und Verfestigung*" sowie das „*Sauberhalten*" „*repräsentativer Räume*" und „*Visitenkarten der Stadt*". Dafür werden nicht nur neue ordnungspolitische Instrumente gefordert, sondern auch auf den Ausbau der „*Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei*", auf neue Ordnungsdienste und privat finanzierte Wachdienste gesetzt. (alle Zitate aus dem Drucksachenentwurf des Senates)

Was der Senatsdrucksachenentwurf ganz unverhohlen anstrebt, ist die Vertreibung verelendeter und verarmter bzw. nach den herrschenden Normen sozial auffälliger Menschen aus bestimmten Regionen der Stadt, nämlich aus den „repräsentativen Räumen" und den „Visitenkarten". Vertreibungspolitik ist in dieser Logik ein ganz nüchterner politökonomischer Standortfaktor. In erster Linie kommt es darauf an, daß die Stadt der Reichen und Wohlhabenden schöner und lebenswerter wird. Reichtum soll sich ungestört präsentieren können, und Reichtum soll ungestört konsumiert werden können. So hat Ulf Kalkmann, Sprecher des Hamburger Einzelhandelverbandes, nichts gegen Bettelei in Wohngebieten (Blankenese oder Alstertal wird er nicht meinen), wohl aber sollen Bettler aus den Shopping-Meilen der Innenstadt vertrieben werden: „*Allerdings bin ich der Meinung, daß es gewisse Einschränkungen geben sollte und diese vertretbar sind. In unmittelbarer Nähe von Einzelhandelsgeschäften sollte Betteln nicht möglich sein. Das Einkaufen ist für viele auch eine Angelegenheit des Gefühls, der situativen Entscheidung. Die pure Anwesenheit von Bettlern könnte potentiellen Kunden so etwas wie ein schlechtes Gewissen machen... und sie beim Kaufen beeinträchtigen. Außerdem geht es mir um das Gleichheitsprinzip. Auch der Einzelhandel hat ein Recht auf freie Entfaltung – und die wird nun einmal beeinträchtigt, wenn z.B. an den Eingängen von Geschäften Bettler sitzen. Auch durch seine Umsätze erfüllt der Einzelhandel eine gesellschaftliche Funktion – Rückgänge schaden der Volkswirtschaft und damit im Grunde allen.*" (Morgenpost vom 12.10.1996). Mit einem gewissen Neid blickt Herr Kalkmann auf die Geschäftspassagen im Hanseviertel, wo private Wachdienste rigoros das Hausrecht der Ladeninhaber gegen Bettler durchsetzen können: „*Die Straße gehört allen, und alle dürfen sie benutzen, aber bitte nicht zu Lasten anderer (...) Ich meine nicht zu Lasten der Geschäfte und damit aller in der Stadt! Wenn in den Passagen nicht gebettelt werden darf, weil die Eigentümer dort Hausrecht haben, erleidet die Einkaufsstraße einen Wettbewerbsnachteil. Bettler schaden bereits durch ihre Anwesenheit.*" (Interview in der TAZ-Hamburg vom 11.10.1996).

Vor diesem Hintergrund entfaltet die Senatsdrucksache ihre eigentliche Logik letztlich in der Zonierung der Stadt nach sozialen Kriterien, in einer Quasi-Privatisierung des öffentlichen Raums. Bestimmte Quartiere, Viertel und Straßenzüge werden für Menschen mit bestimmten sozialen Merkmalen wie Drogenabhängigkeit, Verelendung, Hautfarbe o.ä. schlicht gesperrt. Mit der Drucksache soll diese soziale Apartheid mit offener armenpolizeilicher Repression durchgesetzt werden. Das elementare Grundrecht auf Freizügigkeit wird an die Einkommenshöhe und an sozial angepaßtes Verhalten gekoppelt. Am Ende einer solchen Entwicklung stehen dann videoüberwachte und hightech-gesicherte Straßen, Plätze und Stadtteile, die von Polizei, kommunalen Ordnungsdiensten und privaten Wachdiensten kontrolliert werden. Während diese „Reichenghettos" aber eben nicht bedeuten, daß die Freizügigkeit ihrer Bewohner juristisch oder polizeilich eingeschränkt ist, so gilt das tendenziell für die Armutsbevölkerung nicht mehr: In der inneren Logik einer solchen Politik von Vertreibung und Zonierung des öffentlichen Raums liegen letztendlich auch regelrechte, polizeilich und sozialpolitisch kontrollierte Zwangsghettos für die Armutsbevölkerung der Stadt, auch wenn dies politisch nicht geplant und praktisch auch nicht erkennbar ist.



„Gesunde Stadtteile“ und „Wegelagerei“

Bei aller öffentlichen Aufregung über diesen Text der Innenbehörde wird leicht übersehen, daß eine Politik der repressiven Ausgrenzung und der Vertreibung in Hamburg durchaus Vorläufer hat. Und dies gilt genauso für die sozialhygienischen Denkmuster, mit denen die Vertreibungsdrucksache begleitet und begründet wurde.

Bereits 1992/93 ging eine extra gebildete Sondereinheit der Polizei (KORA) u.a. mit Platzverweisen gegen Junkies in St. Georg vor. Ebenfalls seit 1992/93 ist der Hauptbahnhof für Schwarze faktisch eine no-go-area. Kurz vor Weihnachten 1993 gab der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau der Bild-Zeitung ein Interview, in dem er dafür eintrat, „*gefährdete Stadtteile vor ungesteuertem Zuzug zu schützen.*“ Beispielsweise müsse Wilhelmsburg für AusländerInnen gesperrt werden, um eine Verslumung zu verhindern, dafür sei im Zweifel auch eine Grundgesetzänderung notwendig. Nach dem ersten Aufschrei verschlimmbesserte sich der Erste Bürgermeister gegenüber dem NDR: Es ginge nicht speziell um die Einschränkung der Freizügigkeit für Ausländer. Vielmehr müsse auch ein zu hoher Anteil von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in bestimmten Quartieren verhindert werden. Entgegen den ersten Kommentaren, in denen die Presse nahezu unisono die „Ausländerfeindlichkeit“ Voscheraus geißelte, ist der Kern der bürgermeisterlichen Ergänzungen der Presse kaum eine kritische Würdigung wert gewesen. Sie offenbarte den *Klassencharakter* einer solchen sozialhygienischen Ordnung des städtischen Raums, der viel eher mit „Sozialrassismus“ umschrieben werden könnte. „Rassismus“ im engen Sinne oder gar „Ausländerfeindlichkeit“ greifen bei der Analyse zu kurz. Die Botschaft war unmißverständlich und ist damals nicht zufällig von den Reps begeistert gefeiert worden: Bestimmte Bevölkerungsteile werden zu „sozialen Problemgruppen“ erklärt. Dabei ist nicht ihre soziale Situation das Problem, sondern die behauptete „Gefährdung“ „intakter Stadtteile“, die „umzukippen“ drohen. Bestimmte Bevölkerungsgruppen gefährden die „gesunde Bevölkerungsmischung“ in einem Quartier und werden daher erst ideologisch und dann ganz praktisch ausgegrenzt. Mit dem Ziel der „Durchmischung“ beschreibt Voscherau hier durchaus die gängige Orientierung der Hamburg Stadtentwicklungspolitik oder des sogenannten Armutsbekämpfungsprogramms für „vernachlässigte Gebiete“. Aber die Logik der Ausgrenzung geht darüber hinaus: Wenn es in bestimmten Quartieren ein „Zuviel“ an Armen gibt und die reichen Viertel eh abgeschottet werden, so bleiben in der Konsequenz für die „zu vielen Armen“ eigentlich nur ghettohafte Verhältnisse.

In einem persönlichen Schreiben an den damaligen Leiter des Bezirksamtes Mitte beschwerte sich der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete (und damalige ÖTV-Sekretär in der Abteilung Seehäfen) Peter Kämmerer am 14. Juni 1994 über die Verwahrlosung und das „*Schmuddelimage*“ von St. Pauli. Als Sprecher der „Interessengemeinschaft St. Pauli“, dem Zusammenschluß der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden in St. Pauli, sorgt er sich um die „Stadtstreicherproblematik“: „*So werden Touristen angepöbelt oder massiv belästigt, in Hauseingänge uriniert, so daß in einigen Nebenstraßen ein infernalischer Gestank herrscht, es werden auf den Gehwegen Nachtlager aufgeschlagen, die den Besucherverkehr hemmen, es gehen von einigen Stadtstreichergruppen erhebliche Lärmbelästigungen aus und vor allem werden Gehsteige in erheblicher Weise verunreinigt.*“ In Kämmerers Augen „*liegt hier jedoch in dieser Art von ‚Wegelagerei' ein Verstoß gegen das Hamburger Wegerecht vor*“, sowie „*eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*“, so daß das Bezirksamt ordnungspolitisch einschreiten und „*diese Art von Störern unverzüglich aus dem öffentlichen Raum vertreiben*“ müsse.

Rigorose Abschiebung des „Intensivdealers“

Im letzten Herbst begann die Hamburger Polizei, insbesondere die Revierwache 11 in der Kirchenallee, ein „Handlungskonzept St. Georg“ des Innensenators umzusetzen: Die sogenannte „offene Drogenszene“ am Hauptbahnhof sollte „zerstreut“ und der Hauptbahnhof „gesäubert“ werden. Vermutete Junkies und Kleindealer erhielten in St. Georg und am Sternschanzenbahnhof Platz- und Gebietsverbote, egal ob sie in den Quartieren wohnten, dort ihren Hausarzt hatten, zur Apotheke oder zur Arbeit gehen wollten. In der öffentlichen Debatte wurde auch hier mit dem „sozial unverträglichen Verhalten“ von Junkies und Dealern, mit dem Interesse an einem sauberen Hauptbahnhof und mit (angeblichen) Belästigungen, Beeinträchtigungen und Ängsten „der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt“ argumentiert. Im Eifer des Gefechts zog da ein Abgeordneter der STATT-Partei in der Bürgerschaft auch schon mal die Parallele zum Bundesseuchengesetz oder es wurde vor entstehenden Bürgerwehren in St. Georg gewarnt. Dieser Vertreibungspolitik ging im Frühjahr und Sommer 1995 eine massive Hetze und Medienkampagne gegen nicht-deutsche, vor allem schwarze und kurdische Jugendliche voraus: Angeblich seien alle Schwarzen und 80% der Kurden am Hauptbahnhof Drogendealer. Es wurde die Figur des „Intensivdealers“ geschaffen. Das sind Personen, die der Polizei mehrfach – drei- bis fünfmal – im Zusammenhang mit Drogenermittlungen „aufgefallen waren“ und denen mindestens einmal Drogenhandel „nachgewiesen“ wurde. Dabei war es völlig egal, ob bei ihnen etwas gefunden wurde oder nicht. Und wodurch der „Nachweis des Drogenhandels“ erbracht wurde, ist bis heute nicht geklärt. Gerichtliche Urteile wurden jedenfalls nicht abgewartet: Solche „Intensivdealer“ wurden rigoros abgeschoben. Das Abschiebeinteresse war so groß, daß staatsanwaltliche Ermittlungen extra eingestellt wurden, um eine schnellere Abschiebung zu ermöglichen. Nachdem etliche Richter die Praxis der Platzverweise und Gebietsverbote z.T. scharf kritisiert hatten, wurde diese rechtswidrige Praxis im Nachhinein durch eine im Winter 1995/96 im Eilverfahren durchgepeitschte Verschärfung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes abgesichert.

Gerade die Geschichte dieses „Handlungskonzeptes St. Georg“ zeigt, wie staatliche Maßnahmen und Propaganda die „Ängste und Belästigungen der Bevölkerung“ *produzieren*, mit denen dann Vertreibungspolitik weiter begründet wird. So hat erst die „Zerstreuung“ der offenen Drogenszene am Hansaplatz in St. Georg durch die Sondereinheit KORA die Junkies in die Hauseingänge und die Spielplätze in St. Georg getrieben. Das Bündnis von Bewohnerinitiativen, Drogenhilfeeinrichtungen und Stadtteilprojekten, das in St. Georg lange für ein besseres Leben im Stadtteil für alle – ausdrücklich auch für Junkies – gekämpft hatte und über St. Georg hinaus Vorbildcharakter hatte, ist nicht zuletzt auch durch staatliche Politik kaputtgemacht worden.

Ideologischer Klassenkampf

Im momentanen Umbau des traditionellen Sozialstaates geht es nicht nur um Sozialabbau und die Demontage von Sozialeinkommen und sozialen Rechten. Es geht auch darum, auf der ideologischen Ebene die Sozialstaatsidee bzw. bisherige Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit auszuhöhlen und umzudefinieren. (2) Die Elemente einer repressiven Ausgrenzungsstrategie gegenüber verarmten und verelendeten Menschen, bzw. gegenüber „sozial auffälligen“ Personen bilden dabei *einen* Pol in diesem ideologischen Klassenkampf. Hier läßt sich am ehesten der Versuch nachweisen, einen gesellschaftlichen Konsens gegen diejenigen zu konstruieren, die „der Gemeinschaft“ auf der Tasche liegen. Diese „Gemeinschaft“ sind die imaginären „kleinen Leute“, die „Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt“ mit ihren „berechtigten Sorgen“ oder auch „*die friedlichen, arbeitsamen, steuerzahlenden Bürger*“ (persönliche Erklärung Voscheraus vom 29.10.1996), deren Werte und Normen definieren, was „sozialver-



träglich" ist und was nicht. In den Vertreibungsmaßnahmen und ihrer ideologischen Begründung wird ein leistungsfähiger und produktiver gesellschaftlicher Kern beschworen. Voscherau spricht in diesem Zusammenhang gern von den Grundwerten und Zielen der Arbeiterbewegung, zu denen die SPD zurückkehren müsse. „Arbeiterbewegung" à la Henning Voscherau ist dabei ein *„Potential an Arbeitskräften ... die diszipliniert und tüchtig sind und nicht zu Streiks oder Fehlzeiten neigen"* (Interview im Hamburger Abendblatt, 27.2.1996). Die Bezugnahme auf eine solche Arbeiterbewegung ist immer eine deutliche Kampfansage gegen Randgruppen, Leistungsunfähige und Marginalisierte gewesen. Die Feinde der Voscherau'schen „Gemeinschaft" sind in erster Linie alle die, die nicht fleißig arbeiten und Kosten verursachen. Von der Behauptung einer „Problemgruppe" geht das Muster über in eine gezielte Abspaltung und Ausgrenzung: „die" und „wir", „die" gefährden „gesunde Stadtteile", „die" bringen Verelendung und Verslumung, „die" müssen „wir" uns vom Leib halten. Und wenn erstmal „menschlicher Müll" definiert worden ist wie in der angesprochenen Vertreibungsdrucksache, ist es nur konsequent, wenn er auch wie Müll behandelt wird.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Hamburger SPD, aber auch die Kritik aus Kreisen der Wohlfahrtsverbände zeigen, daß sich dieser offen repressive Pol in der Neudefinition von Sozialstaatlichkeit keineswegs durchgesetzt hat. Gegen eine offen polizeiliche Lösung der „sozialen Frage" steht die Position einer „sozialpolitischen" Lösung, die man vielleicht mit „repressiver Fürsorge" bezeichnen kann: Hier wird die Repression auf die Ebene der Sozial- und Wohnungsämter sowie neuer Formen der Pflichtarbeit bzw. „niedrigschwelligen Arbeit" verlegt. Und nicht zuletzt wird der (Straßen-)Sozialarbeit aufgetragen, Junkies, Bettler, Obdachlose und Verelendete von der Straße zu sammeln.

Die „Vertreibungsdrucksache" und die Kontinuität, in der sie zumindest in Hamburg steht, ist in unseren Augen ein besonders markantes Beispiel dafür, wie die bisherigen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit oder berechtigten Ansprüchen auf soziale Leistungen und Sozialeinkommen angegriffen werden und wie statt dessen versucht wird, eine aggressiv ausgrenzende Gemeinschaftsideologie durchzusetzen. Es ist uns jedoch wichtig festzuhalten, daß diese „Gemeinschaft" von Henning Voscherau und anderen ein *imaginäres* Gebilde ist. Gerade das unerwartet heftige und durchweg kritische Echo auf die Vertreibungsdrucksache oder die eingestandenen Schwierigkeiten mit der „Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei" belegen, daß ein aggressives Bewußtsein davon, daß soziale Säuberungen gerecht sein sollen, erst konstruiert werden muß. Yuppie-Slogans wie „Eure Armut kotzt mich an" sind noch nicht mehrheitsfähig. Gleichzeitig hat sich aber auch gezeigt, daß dieser Protest im wesentlichen von engagierten SozialarbeiterInnen, Kirchen und liberaler Öffentlichkeit artikuliert worden ist. Obwohl es zur selben Zeit in den Betrieben zu durchaus heftigen Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekommen ist, und obwohl auch hier ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden häufig der entscheidende Mobilisierungsfaktor gewesen ist, hat es keine öffentlichkeitswirksame Bezugnahme aufeinander gegeben. Unseres Erachtens wird es in Zukunft darauf ankommen, hier Brücken zu schlagen. Die Verteidigung der Menschenwürde eines jeden Menschen unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt, Gesundheit etc. scheint uns dabei ein sinnvoller und unverzichtbarer Pfeiler zu sein.

Dirk Hauer,
Pia Peddinghaus

Anmerkungen:

1) Die markantesten Zitate aus dieser Drucksache haben wir bereits in der *Off Limits* Nr.15 vom September/Oktober 1996 zusammengestellt; eine Kurzfassung ist auch über den Arbeitskreis Wohnraumversorgung und das „Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung" erhältlich.

2) Ausführlicher begründet ist dieser Gedanke in zwei Papieren der Gruppe Blauer Montag: „Der Sozialstaat zwischen Globalisierung und 'moralischer Ökonomie'" (siehe *ak* Nr.393) und „Mehr Markt. Mehr Repression. Thesen zum (ideologischen) Umbau des Sozialstaates am Beispiel der Hamburger Sozialpolitik (*ak* Nr.394)

Kein Hotel im Wasserturm

Umstrukturierung verhindern!

Stellungnahme des Organisationsrates der Roten Flora zum geplanten Umbau des Wasserturms in ein Hotel

Wir, die Nutzerinnen und Nutzer der Roten Flora, lehnen den Umbau des Wasserturms im Schanzenpark in ein Hotel ab.
Der geplante Hotelbau ist ein weiterer Versuch, die Hamburger Innenstadt so umzustrukturieren, daß die bestmögliche Verwertbarkeit für die Besitzenden gewährleistet ist. Auf die Bedürfnisse vieler im Stadtteil lebender Menschen wird mal wieder keine Rücksicht genommen.
Ganz im Gegenteil, es geht bei dieser Umstrukturierung um die bewußte Vertreibung eines Teils der BewohnerInnen. Alle, die die Profitinteressen der Besitzenden stören, sollen in die Randbezirke verdrängt werden. Abseits der Gebiete, wo sich das öffentliche Leben abspielt, sollen Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht genügen, konzentriert werden. Armut und soziale Probleme sollen nicht gelöst, sondern lediglich unsichtbar gemacht werden.
Bestes Beispiel hierfür ist die Vertreibung von BettlerInnen aus den U- und S-Bahnhöfen und kürzlich der Versuch, der Vertreibung aus den öffentlichen Bereichen der City eine rechtliche Grundlage zu verschaffen. In den zahlreichen privaten Einkaufspassagen ist diese Vertreibung sowieso schon lange Praxis.
Ein weiteres Beispiel ist die massive, von Kaufleuten initiierte Vertreibung der Drogenszene aus St. Georg und dem Hauptbahnhof. Die seitdem stattfindende Konzentration der Drogenszene im Schanzenviertel führt auch hier zu Konflikten mit BewohnerInnen. Doch auch hier wird das "Drogenproblem" nicht differenziert angegangen, was nur durch eine Berücksichtigung der Lebensumstände sowohl von Junkies als auch von Dealern geschehen könnte. Stattdessen soll durch die Zuspitzung sämtlicher Probleme des Viertels auf dieses eine Problem eine Akzeptanz für polizeiliche Maßnahmen geschaffen werden. Ständige Kontrollen und Platzverweise sind Ausdruck dieser Strategie der Vertreibung und des Auspielens verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander.
Die geplante private Nutzung des Wasserturms als Hotel hätte zur Folge, daß unerwünschte, d.h. sozial ausgegrenzte, ärmere Teile der Bevölkerung den Schanzenpark nicht wie bisher nutzen könnten. Im Interesse der HotelbetreiberInnen und -gäste würden Polizei und private Wachdienste auch hier, wie in der Innenstadt, verstärkt repressive Maßnahmen ergreifen, da diese Bevölkerungsgruppen nicht ins Konzept eines Luxushotels passen. Damit würde ein weiterer Park, wie bereits hinter der Roten Flora geschehen, der öffentlichen Nutzung entzogen.
Diese Entwicklung entspricht der offiziell betriebenen Politik des Hamburger Senats und der Bezirke. Innerstädtische Wohnviertel werden saniert und aufgewertet, die ohnehin steigenden Mieten erhöhen sich immmer mehr und können nur noch von Luxusläden und "Besserverdienenden" bezahlt werden. Parallel dazu sind BewohnerInnen und Projekte nicht nur hier im Viertel vom massiven Sozialabbau betroffen. Ein brandaktuelles Beispiel für das Zusammenspiel von Umstrukturierung und Sozialabbau ist die angedrohte Schließung des Hafenkrankenhauses.
Wir, die Rote Flora, wenden uns gegen jede Politik, die auf Ausgrenzung statt der Entwicklung des solidarischen Zusammenlebens beruht. Die Ideologie einer "sauberen Stadt" finden wir menschenverachtend. Daher ist es für uns selbstverständlich, uns auch gegen die Pläne eines Herrn Storr, des Bezirks und des Senats zur Wehr zu setzen.
Wir sind aus dem Widerstand gegen das Großprojekt "Phantom der Oper" entstanden. Wir haben versucht und tun das noch immer, die Flora als Treff - und Anknüpfungspunkt gegen die herrschende Politik offenzuhalten. Auch gegen den geplanten Umbau des Turms in ein Hotel werden wir Widerstand leisten.

Kampf gegen Neoliberalismus

Der Streik in Südkorea erfordert Solidarität

Das neoliberale Diktat der globalen Konkurrenz macht auch vor den Ländern nicht halt, die hierzulande vor kurzem noch als Muster an Wettbewerbsfähigkeit galten. Südkorea, Jahrzehnte hindurch das Land mit den niedrigsten Löhnen und den längsten Arbeitszeiten, hat sich mit Hilfe einer hochprotektionistischen Wirtschaft in den Klub der zwölf reichsten Industrieländer der Welt (OECD) katapultiert - und das mit einer Arbeitsordnung, die jedem Beschäftigten einen fast unkündbaren Arbeitsplatz sicherten. Trotz langjähriger Militärdiktatur konnten die Arbeiter unter diesen Bedingungen erhebliche Verbesserungen ihres Lebensstandards und die faktische Etablierung einer Massengewerkschaft durchsetzen, die formal bis heute illegal ist. Diese »Privilegien« sollen ihnen heute genommen werden - das ist die Bedeutung des Arbeitsgesetzes, das die Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion am 26. Dezember durch das Parlament peitschte: die lebenslange Arbeitsplatzgarantie wird aufgehoben, die Beschäftigten können aus wirtschaftlichen Gründen gekündigt werden, die gesetzliche Arbeitszeit wird von 44 auf 56 Stunden erhöht. Den südkoreanischen Arbeitern werden heute ihre Kollegen in Thailand und Malaysia als »Vorbild« vorgehalten. Die Konkurrenz nach unten kennt keine Grenzen.

Der Streik der südkoreanischen Arbeiter und Arbeiterinnen durchbricht diese Logik; er beweist, daß es möglich ist, der Globalisierung der Konkurrenz eine globale Solidarität entgegenzusetzen.

Die illegale Gewerkschaft KCTU, deren Mitglieder vor allem in den großen Produktionszentren der Automobilindustrie, der Werften, der Stahlindustrie und des Maschinenbaus zu finden sind, entwickelte sich in den folgenden Wochen zur treibenden Kraft gegen das neue Arbeitsgesetz und Geheimdienstgesetz der Neuen Korea-Partei (NKP). Eine neue Qualität bekam die Bewegung durch die Beteiligung der regierungstreuen Gewerkschaft FKTU mit 1,2 Millionen Mitgliedern, die hauptsächlich im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Führenden Vertretern der KCTU, die insgesamt 96 Gewerkschaften unter ihrem Dach vereint, sei es wichtig, daß »nicht nur gestreikt werden soll, sondern auch auf der Straße gekämpft werden muß«, so Nam Gu Hyun in der jungen Welt. Er ist Vertreter des Nationalen Komitees, das gemeinsam mit dem südkoreanischen Gewerkschaftsbund gegen das Arbeitsgesetz und das gleichzeitig verabschiedete Geheimdienstgesetz protestiert, und hofft, daß der »Arbeiterkampf zum Volkskampf wird, wenn sich auch Studenten und andere an diesen Auseinandersetzungen beteiligen«. Diese Hoffnung ist erfüllt worden: Am 15.Januar nahm knapp eine Million Menschen an Streiks und Demonstrationen teil, bei denen es zu Straßenschlachten kam. In Seoul zündeten Demonstranten Tausende von Zeitungen an, die für dichte Rauchschwaden sorgten. Aus Hochhausfenstern regnete es Büromöbel auf die anrückenden Polizisten; Beobachter vor Ort sprachen von den schwersten Auseinandersetzungen seit zehn Jahren. Auslöser für die heftigen Kämpfe war die Festnahme des Chefs der Metallarbeitergewerkschaft, Kim Byong-Soo. Daraufhin hatten sich die Seouler Demonstranten auf den Weg zur Myongdong-Kathedrale gemacht, wo seit Beginn der Proteste am 26.Dezember sieben führende Gewerkschafter kampieren. Die Regierung hatte angekündigt, der ersten Verhaftung weitere 20 folgen zu lassen.

Mittlerweile haben die Gewerkschafter in der Kathedrale Unterstützung von vier Vertretern des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) mit Sitz in Brüssel bekommen, die sich seit dem 11.Januar in Seoul aufhalten. Ein Sprecher des südkoreanischen Justizministeriums teilte am darauf folgenden Donnerstag mit, den IBFG-Vertretern sei eine schriftliche Warnung überbracht worden. Sollten sie sich noch einmal an den »illegalen Streiks« beteiligen, würden sie ausgewiesen. Am 20.Januar wurde bekannt, daß Kim Young-Sam nach Gesprächen mit religiösen Würdenträgern die Eskalation zurücknehmen und vorerst von der Vollstreckung der Haftbefehle absehen will.

In den letzten Monaten mußte der asiatische Tiger ein Außenhandelsdefizit von 20 Milliarden Dollar und eine Auslandsverschuldung von über 100 Milliarden Dollar verbuchen. Kim Young-Sam betonte, die neuen Gesetze seien ein unvermeidlicher Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit südkoreanischer Unternehmen auf dem Weltmarkt.

Für Nam Gu-Hyun, den Vertreter des Nationalen Komitees, lassen sich die neuen Gesetze ganz einfach auf den Punkt bringen: »Sie entsprechen der Flexibilisierungsstrategie des Kapitals. Das ist das gleiche, was weltweit passiert, nur daß es in Korea noch brutaler durchgesetzt wird. Deshalb müssen wir nicht nur in Südkorea kämpfen, sondern auf der ganzen Welt.«

Ende der dritten Januarwoche kündigte der KCTU-Vorsitzende Kwon Young-Gil an, die Streiks zunächst auf Mittwochs zu beschränken. Sollten die Arbeitsgesetze nicht bis zum 18.Februar zurückgenommen werden, würden die Lohnabhängigen in einen unbefristeten Streik treten.

Es bleibt abzuwarten, ob der Kampf der südkoreanischen Bevölkerung gegen die neoliberale Politik Schule machen wird. Der Kampf in Südkorea sei »Teil unseres gemeinsamen Kampfes in dieser einen Welt, um die Verhältnisse radikal zu verändern hin zu einer Gesellschaft, in der die Entfaltung unserer Fähigkeiten und nicht die Verwertung unserer Arbeitskraft im Mittelpunkt stehen wird«, schreibt der Berliner IG-Metall-Arbeitskreis Internationalismus in einem Solidaritätsaufruf und wirft die Frage auf: »Was wäre, wenn sich der Kampf der Mercedes-Belegschaft für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu einem wirklich politischen Kampf für die Rücknahme des gesamten Sparprogramms entwickelt hätte?«

Gerhard Klas

Dieser Artikel erschien in der «SoZ - Sozialistische Zeitung« Nr.2/97.

L'Europe des luttes

(c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg)

Euskadi - Europäische Soli-Aktion

Die internationalistische Gruppe Askapena aus Euskadi teilt mit, sie wird von 1.2 - 8.2.97 einen Hungerstreik für die Zusammenlegung der baskischen politischen Gefangenen durchführen. Askapena bildete sich vor einigen Jahren mit dem Ziel 'auf die Notwendigkeit zu reagieren, eine baskische und internationalistische Solidarität in unserem Volk, Euskal Herria, aufzubauen: ausgehend von dem eigenen nationalen und sozialen Befreiungsprozeß, wollen wir die Solidarität mit anderen Völkern der Welt fördern'. Die Notwendigkeit für einen solchen Internationalismus begründen sie wie folgt: 'Die kapitalistische Akkumulationslogik hat eine im Weltmarkt verwurzelte Globalisierung der Wirtschaft forciert und der Neoliberalismus ist die praktische Anwendung neuer Macht- und Ausbeutungsinstrumente um die negative Tendenz der durchschnittlichen Gewinnrate anzuhalten und eine neue Phase der Expansion im Dienst privater Interessen, die eine Verallgemeinerung der Verelendung zufolge hat, anzuleiern. Dieser Globalisierungsprozeß, der Entnationalisierung und die Auflösung von Volksidentitäten verursacht, führt dazu, daß sich alle Völker einem gemeinsamen Feind unversöhnlich und feindselig gegenübergestellt befinden, und verpflichtet uns, eine radikal internationalistische Praxis der Solidarität zu entwickeln und für die Befreiung unserer Völker zu kämpfen.' Autonomiebestrebungen und Internationalismus betrachten sie als 'zwei Seiten einer Münze'. Für Euskadi beanspruchen sie die selbe Solidarität wie sie mit sovielen anderen Völkern gezeigt haben. Wer sich etwas intensiver mit ihren Begründungen auseinandersetzen will, denn unsere Übersetzung ist keineswegs zuverlässig, kann den spanischen Text bei uns anfordern.

Für die Zusammenlegung der etwa 550 baskischen politischen Gefangenen, die über Frankreich und Spanien verstreut sind, gibt es zur Zeit viele Initiativen in Baskenland. Die Gefangenen werden oft verlegt, sind von ihren Familien entfernt, die ihrerseits auch andauernd schikaniert werden, was Besuch betrifft, und außerdem ist die medizinische Versorgung höchst mangelhaft. Spanien und England sind die einzigen Mitglieder der EU, die - soweit wir wissen - dem EU-Beschluß nicht zustimmten, der die Rechte von Gefangenen auf Strafvollzug in der Nähe ihrer Verwandten und Straferlaß wegen schwerer Krankheit garantieren soll. Der Hungerstreik des Gefangenenkollektivs ab dem 9.9.96 ist ein Beispiel der Kampagne gegen diese Haftbedingungen. Außerdem läuft noch eine rotierende siebentägige Hungerstreikkette von Gruppen von 15 Personen in der Kathedrale vom Buen Pastor in Donostia (San Sebastian). Diese Initiative läuft seit dem 18.12.95, und zahlreiche Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten haben sich daran beteiligt, inklusive vieler Menschen aus anderen Ländern. Dieser Initiative schließt sich jetzt Askapena an, und fordert solidarische Menschen in Europa dazu auf, Protestfaxe an die unten angegebenen Faxnummer zwischen 1 - 8. Feb. zu schicken, und die Zusammenlegung der baskischen politischen Gefangenen und die Einhaltung der Menschenrechte in Spanien zu fordern. Solidaritätserklärungen sollen auch für eine Pressekonferenz folgende Nummer gefaxt werden: 0/34/43/473627 oder 0/34/45/280847. Protestfaxe oder Postkarten an den Präsidenten des spanischen Staates: Sr. José María Aznar - Presidente del Estado Español. Complejo de la Moncloa, 28071 Madrid. Fon/Fax: 0/34/1/3353535. Protestfaxe oder Karten an den Französischen Präsidenten Mr. Jacques Chirac - Présidence de la République (Palais d' Elysée, 55, rue du Fg St honoré, 75008 Paris, Fax: 0/33/1/47422465. Den Botschaften in den jeweiligen Ländern soll auch gefaxt werden. Für die Zusammenlegung der baskischen Gefangenen in Baskenland!

Italienische AnarchistInnen.

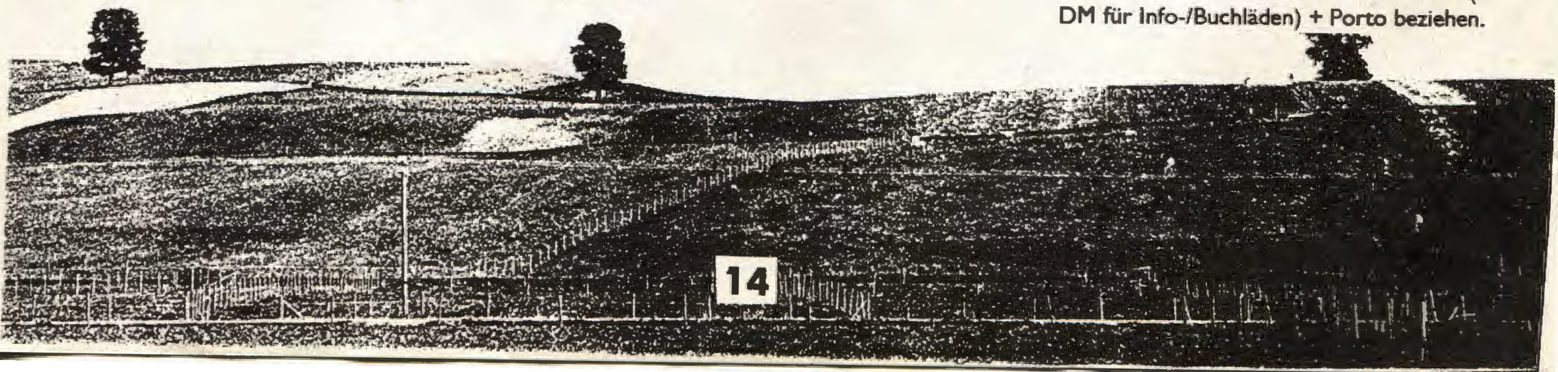
Die 29 AnarchistInnen, gegen die im Zuge der Ermittlungen wegen des Justizkonstruktes der fiktiven Gruppe ORAI am 17.09.96 Haftbefehle erlassen wurden, bleiben zum größten Teil inhaftiert oder untergetaucht. In Hausarrest unter verschiedenen Bedingungen wurden geschickt: Cristina Lo Forte (14.10), Salvatore Gugliara, der einen Hunger und Durststreik gemacht hatte, Apollonia Cortimiglia, und zuletzt am 14.11 Giuseppina Riccobonò, die einen Hunger und Durststreik seit dem 23.10 geführt hatte. Ihr wird verboten mit anderen Menschen ausser ihrem Sohn überhaupt zu reden, und sei es auch nur telefonisch oder postalisch. Francesco Berlemmi und Stefano Moreale wurden schon bei der ersten Haftprüfung entlassen.

Der dritte Hungerstreikende, Tiziano Andreozzi, hat nach 16 Tagen am 18.11 den Hungerstreik wegen schwerer Krankheit abgebrochen.

Was die Verfahren im Allgemeinen, es wird gegen 68 Menschen ermittelt, betrifft, sieht es ziemlich düster aus. Die Anklagen beruhen maßgeblich auf die Aussagen der Kronzeugin Namsetchi. Sie behauptet an einem Überfall auf 2 Banken mit 5 anderen teilgenommen zu haben, eine Aktion, die, laut ihren Aussagen, eine vorher nie bekannte Organisation (ORAI), die immerhin seit Ende der 70er existieren und für zahlreiche Anschläge und Entführungen verantwortlich sein soll, finanzieren sollte. Dieses sehr unwahrscheinliches Konstrukt (unwahrscheinlich aus ideologischen und praktischen Gründen) wird jetzt benutzt um weite Teile der anarchistischen Bewegungen in Italien in einen Topf zu werfen und allesamt zu kriminalisieren. Vier der AnarchistInnen, mit denen sie die Aktion durchgeführt haben will, waren schon im Januar 96 wegen dieses Überfalles verurteilt. Der Berufungsprozeß in diesem Fall (gegen Jean Weir, Antonio Budini, Christos Stratigopoulos und Carlo Tesseri) endete am 13.12.96. Sie wurden alle erneut verurteilt, aber zu zwei Jahren anstatt sechs.

Dadurch wird die gerichtliche Glaubwürdigkeit der extrem unglaubwürdigen Aussagen dieser Kronzeugin bestätigt, was natürlich Auswirkungen auf die anderen Verfahren hat, die sich auf ihren Aussagen stützen. Die gerichtlichen Vorbesprechungen im Falle der Anklagen vom 17.09.96, bei denen festgestellt wird ob ausreichende Beweise für die Zulassung der Anklage vorliegen, sollten am 10.12.96 stattfinden, aber sind jetzt auf den 16.01.97 verschoben worden. Sie sind auch verlegt worden, vom normalen Gerichtssaal in den sogennanten Bunker im Gefängnis Rebbibia in Rom. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die UnterstützerInnen der Gefangenen fernzuhalten.

Zur Solidarität in der BRD: Der Kontakt ist Solidaritätskomitee Italien c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, D-81677 München. 'Der Ausbruch - Informationen über die Repression gegen italienische AnarchistInnen' ist für 2 DM + 1.50 Porto bei ihnen zu erhalten. Mit einiger Verspätung erscheint Mitte Januar eine Broschüre mit übersetzten Texten, die von dem Menschen verfaßt wurden, der der sehr unwahrscheinliche Chef dieser sehr unplausiblen Organisation sein soll. Diese Übersetzung soll dazu dienen, die theoretischen Ideen zugänglich zu machen, die von der italienischen Justiz in diesem Zusammenhang so unglaublich verdreht werden. Die Broschüre kannst Du bei uns für 3 DM (2 DM für Info-/Buchläden) + Porto beziehen.





Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein.schwarzer-hahn@metronet.de



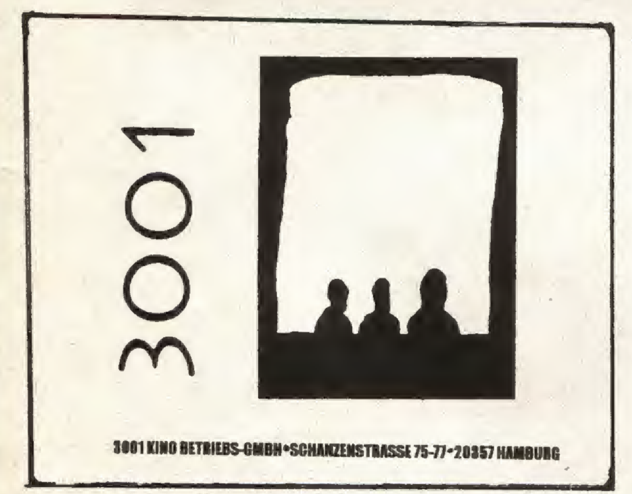
★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997











c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag - Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr







Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

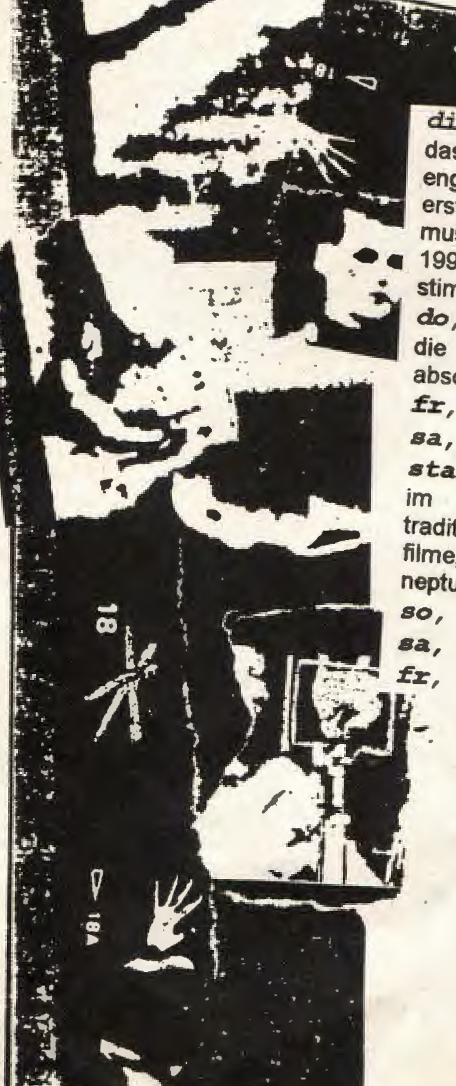
UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**

ANGRY MAD PLANET FEB 97



rote flora

sa, 1.2. soliparty für illegalisierte flüchtlinge
tanzveranstaltung mit musik von roots bis rockers, 22 uhr.

so, 2.2. frauenfrühstück ab 10 uhr.

fr, 7.2. informationsveranstaltung zum castor
in der zeit vom 3.-7. märz werden zehntausende von grün-weiß uniformierten berufschaoten aus der gesamten brd versuchen, den dritten castortransport nach gorleben durchzuprügeln. diese veranstaltung dient der information und mobilisierung für hamburger anti-atom-aktionen. mit redebeiträgen, infoständen und abschließender soliparty mit livemusik.

sa, 8.2. love tank dancehall
ein special event auf zwei floors: reggae mit father jingles und denise cole sowie d & b und trip hop von roman, marga und neda. ab 21 uhr.

so, 9.2. club der kulturell verunsicherten
der schönste ausklang des wochenendes. technoparty mit deejaying und liveact *relais*. ab 21 uhr.

ständige termine in der flora:
Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen. *Dienstag:* 16-22 Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. *Mittwoch:* 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. *Donnerstag:* 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen. *Samstag:* 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. *Sonntag:* jeden 1. und 3. im Monat ab 11:30 Uhr Frauenfrühstück. archiv der sozialen bewegungen und foto archiv: do 16-19 Uhr (ludwigstraße 13, 1. Stock)

di, 11.2. p.a.i.n.
das propaganda and information network aus england präsentiert ihren neo-dubreggaepunk erstmals auf dem kontinent. mit dabei sind musiker von radical dance faction, die bekanntlich 1992 die flora besuchten und damals für sehr gute stimmung sorgten. 21 uhr.

do, 13.2. die auch.
die bremer band gibt in der flora ihr abschiedskonzert vor ihrer auflösung. 21 uhr.

fr, 14.2. meßpunkt konzert, 21 uhr.

sa, 15.2. informationsveranstaltung zu altenwerder.
im zuge der hafenerweiterung wird der traditionsreiche ort des widerstandes geschliffen. filme, diskussion und abschließende soliparty mit neptune sound. ab 20 uhr.

so, 16.2. frauenfrühstück ab 10 uhr.

sa, 22.2. vollmondorchester

fr, 7.3. meßpunkt konzert, 21 uhr.

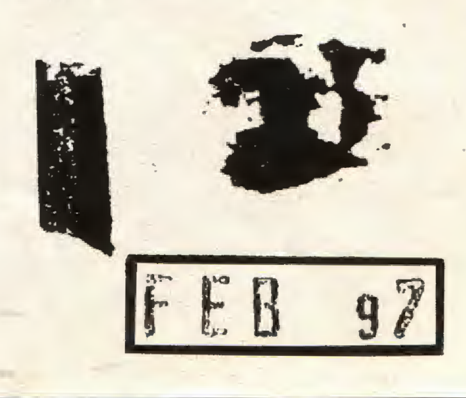
störtebeker

do, 23.1. konzert
kina (i) und **free yourself** (solingen)
kina, die altgedienten italienischen anarchopunker, besuchen seit über zehn jahren in regelmäßigen abständen den hafen. ihre musik und texte, obwohl gesetzter und melodischer als früher, setzen immer noch maßstäbe im punk und hardcorebereich. unbedingt anschauen! la lotta continua ab 21 uhr.

fr, 7.2. benefitkonzert für das LIZ bands tba, 21 uhr.

mi, 19.2. konzert
saturns flea collar, megakronkel und fleisch. fishcore verspricht uns einen vorzüglichen internationalen konzertabend mit der nachfolgeband von victims family und weiteren netten gästen aus amsterdam und zureich, 21 uhr.

sa, 1.3. konzert
potato fritz, hotzenplotz, superpunk und blendwerk, alle aus hamburg, rocken das haus, 21 uhr.



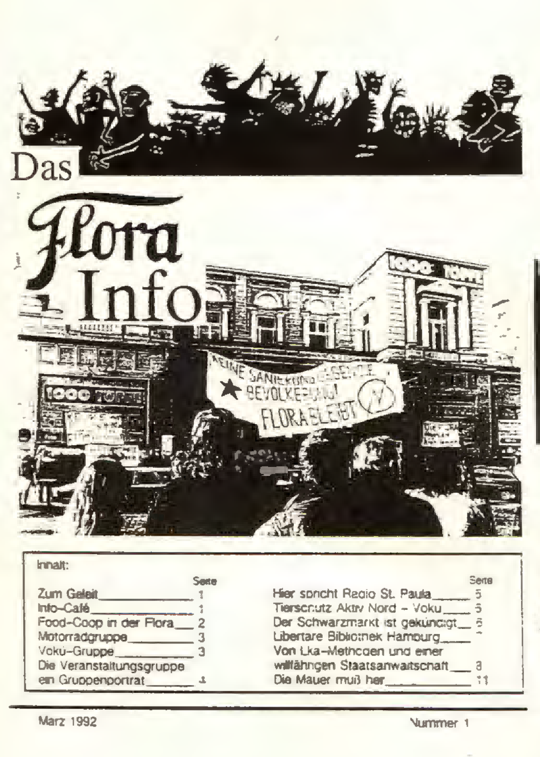
FEB 97



info aus der roten flora
nr. 57
märz 1997
immer noch umsonst

---

5 Jahre und kein bißchen Scheiße...



Das Flora Info

Inhalt:

März 1992 Nummer 1

KOST NIX

Das Flora Info

WIR WERDEN SIE IN STÜCKE HACKEN DURCH DEN WOLF DREHEN IN HEISSEM ÖL SIEDEN GANZ LANGSAM ZERMAHLEN

GUT, DASS DU MICH DARAN ERINNERST ZEIT ZUM VERWANDELN!

Nummer 11, Februar 1993

SEIT 3 JAHREN KURZ VOR DER ERLEUCHTUNG

März 95 Nr. 35 kostet nix

das info aus der roten flora



Nr. 26 • Mai '94 Das Info aus der Roten Flora





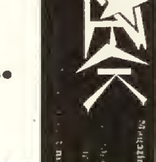
Diskurse für KopfarbeiterInnen



Discrimination because of race, color, sex, religion or national origin is not permitted in any aspect of the operation of this Federal Outdoor Recreation Facility



Temporary Autonomous Zone
Rote Flora, Hamburg



Schwerpunkt

Türkei und Menschenrechte

Außerdem:
Prozesse – Lebenslang für Birgit Hogefeld
§ 129 a – Beugehaft gegen Ursel Quack
Kurdenverfolgung – „Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt"
Antifa – Polizeiübergriffe am 9. November
Internationales – Benjamin Ramos Vega
Hauptverhandungshaft – Der besondere Charme der Klassenjustiz

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141



DIE ROTE HILFE

1/97

Die neue Unzensiert ist da
(nr.50 / März'97)

Schwerpunkt: Anti-AKW-Bewegung/Castor

Bestell-Adresse:

Unzensiert
c/o Infoladen
Südanlage 20 HH
35390 Gießen

Einzelheft: 5,50 DM
Abo: 25 DM (5 Ausgaben)
Knast-Abo: umsonst
(Bitte im Voraus in Scheinen od. Briefmarken zahlen)

UNZENSIERT



Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein.schwarzer-hahn@metronet.de



★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997

DAS VERLANGEN DER TAMILEN NACH EINEM GERECHTEN FRIEDEN

Seit mehreren Jahrzehnten tobt ein blutiger Krieg in Sri Lanka. In diesem Buch wird auf die Geschichte des tamilischen Volkes und die verschiedenen Dimensionen der rassistischen Unterdrückung durch die singhalesischen Machthaber eingegangen. Desweiteren werden die gewaltfreien politischen Kämpfe der bürgerlich-tamilischen Parteien, bis hin zur Entwicklung bewaffneter Widerstandsorganisationen, aufgezeigt.



Ein Exemplar 7 DM plus 3 DM Versandkosten fünf Exemplare 25 DM plus 6,90 DM Versandkosten. Bei größeren Mengen bitte nachfragen.

Bestellungen an:

Welt Tamilen Verein e.V
Postfach 56
73271 Holzmaden
Telefon: 02 09 / 7 69 56
Fax: 02 09 / 78 20 56

Nur gegen Vorauszahlung auf folgendes
Konto: 10350575
BLZ: 611 550 020
Kreissparkasse Kirchheim/Teck.

105. Seiten A5
(Der Bestellung bitte eine Kopie des Einzahlungsbelegs beifügen)



Was sie schon immer wissen wollten, aber sich nie zu fragen trauten, das offenbart ihnen dieser unverzichbare Film über das "how-to-do" und "who ist who" der "Dateninfobahn in Weltformat".

Drehbuch:	institut für strapazierte Datennetze (ISDN)
Schnitt:	Knollenpetz
Maske	Hein Gericke (100% Baumwolle)
Musik:	Break-Dance
Spezial Guests	FAG, Telekom, BKA, LKA uvm.
Regie	Please hold the line
Produktion	Virus Network
Verleih/Vertrieb	weltweit
Copyright	Jederzeit

Begleiten sie uns auf einem Spaziergang zu den Schnittstellen der Informationsgesellschaft

Preis DM 20.– incl. Versand - nur Bargeld
Heidi Kabel
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstruckturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

autonomer Infoladen
Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46 - 20357 Hamburg - fon:040/44 60 95 - fax: 040/41 08 122

Öffnungszeiten:
Mo - Fr : 14 - 19.30 Uhr
Do. FrauenLesbentag: 16 - 19 Uhr
Sa: 12 - 15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Nils Holgerssohn, Holländische Reihe 13, 22765 Hamburg

Prosit, sehr geehrte Damen und Herren!
Nach einem arbeitsreichen Tag freuen wir uns nun, Ihnen unser 5jähriges Jubiläum als das einzig wahre, authentische und superplus autonome Info aus Roten Flora bekanntgeben zu können.
Geburtstagsgratifikationen, Lobeshymnen und andere geistvolle Präsente können bei der nebenstehenden Adresse abgegeben werden.

Mit feierlichen Grüßen,

die Redation der Zeck

Inhalt im März:

Ordner:

- Besonders hinweisen möchten wir auf einen Text einer „Gruppe von Prozeßbeobachterlnnen", der eine Antwort ist auf das Papier „Es reicht" (Zeck Nr. 55) und auf das Papier „Werner Hoppe im Gespräch mit Internationalstlnnen".
Die Gruppe schrieb uns dazu: „Bitte druckt das (Papier der Gruppe) auch nur ab, wenn ihr das Teil von Werner Hoppe auch abdruckt.(...) Ihr könnt auch gerne sowohl seins als auch unser Papier in den Ordner packen." Was wir hiermit tun.
Ansonsten im Ordner:
- Gruppe demontage zu 25 Jahre ak
- „Entenvieh macht auch Mist" (Komplett-Version)

Food Coop in der Flora

Treffen zur (Wieder-) Gründung einer Food-Coop am 20.3.97, 19 Uhr, in der Flora

2. Anarchistisches Sommercamp Hamburg

Wie schon 1995 findet wieder ein anarchistisches Sommercamp statt. Es wird von Freitag dem 25. Juli bis zum Sonntag dem 3. August stattfinden. Vor zwei Jahren waren mehr als 300 AnarchistInnen aller Generationen aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet und einigen Nachbarregionen gekommen.
Je nach persönlichen Möglichkeiten sollte die finanzielle Beteiligung zwischen 90 und 130 DM liegen. Organisiert wird das Camp dieses Jahr durch die „Libertäre Jugend Hamburg".
Obligatorische Anmeldung bis zum 12. Juli (spätestens!) bei dem

Zentrum der Libertären Jugend
Thadenstr. 118 (Kellereingang)
22767 Hamburg
e-mail: fauhh4 @ anarch.free.de

FrauenLesben-Demonstration

am Internationalen FrauenLesbenkampftag, für Frauenbefreiung weltweit.
8. März 1997 um 11 Uhr Karl-Muck-Platz/ Gorch-Fock-Wall
Es gibt Gebärdendolmetscherinnen und einen Migrantinnen-Block
Abschlußkundgebung ca. 13 Uhr Gerhardt-Hauptmann-Platz

Der große Preis im B-Movie

Uns erwartet ein Wiedersehen mit der Ratewand, drei sympathischen Kandidatlnnen, der Ziehung zu Gunsten der Aktion Sorgen Antifa mit Walter Spahrbier sowie natürlich Wim Thoelke und bekannten Pop- und Schlagerstars von Weltruf. Die einzig autorisierte Kartenvorverkaufsstelle ist der Kopierladen „Schanzenblitz" in der Bartelsstraße. Der Verkauf beginnt am 1. März, dort sind auch bereits Lotterie-Lose erhältlich.
Die eingespielte Summe wird für Prozeßkosten wegen der Hetendorf-Aktionen verwandt.
Nachfragen bitte über „Antifa Planten un Blomen", Fach im Schwarzmarkt.
Die Sendungen finden statt am
Montag, 10. März, und Donnerstag, 13. März, im B-Movie,Brigittenstr.5

Punk-Konzerte in Norderstedt

Wishmopper und Pankzerkroiza Polpotkin: Sonntag 23. März
AAK, Heimatglück und Punkah Wallah: Antifa Soli Party, Samstag 5. April
Jeweils 19 Uhr, Soziales Zentrum Norderstedt, Ulzburger Straße 6a

Die Zeck ist Deine Lieblingslektüre?
Die Rote Flora findest Du richtig gut?
Du würdest gerne etwas (mehr) in Hamburgs wahlweise coolster Location oder autonomer pc-Zentrale machen?
Du agierst flexibel, innovativ und freundlich unter chaotischen und belastenden Arbeitsbedingungen, kannst Dich in Arbeitsteams einfügen, positives Betriebsklima ist Dir ein Fremdwort, das Unternehmensziel: revolutionäre Umwälzung aller herrschenden Verhältnisse spricht Dich an?
Dir kann geholfen werden: Die Gruppen der Montagsvokü und vom Samstagsfrühstück suchen Verstärkung.
Nur zu: Wir beißen nicht und wollen vor allem Spaß für alle Beteiligten (aber der endet gewöhnlich da, wo es um die Prinzipien geht, für die die Flora bei uns immer noch steht).

Komm zu den Autonomen (kreative ReproduktionsarbeiterInnen)

Sofortige Freilassung von Róisín McAliskey

Aufgrund eines Auslieferungsantrags der BRD im Zusammenhang mit einem Angriff der IRA auf den britischen Militästützpunkt in Osnabrück vom Juni 1996 wird Róisín McAliskey, die im Fünften Monat schwanger und inzwischen aufgrund der fortgesetzten Inhaftierung schwer krank ist, weiterhin in Auslieferungshaft in London festgehalten. Die BRD-Behörden haben eine Freilassung auf Kaution bisher verhindert. Róisín muß dringend freigelassen werden, um eine angemessene medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Die 25 jährige Róisín McAliskey ist die Tochter der auch in der BRD bekannten Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Bernadette McAliskey. Róisín selbst ist Absolventin der Belfaster Universität und in Community-Gruppen aktiv.

Róisín wurde am 20. November 1996 in ihrem Haus von der nordirischen Polizei RUC festgenommen und in das Verhörzentrum Castlereagh in Belfast gebracht. Dort wurde sie z.T. 15 Stunden am Tag verhört, ihr wurde der Schlaf entzogen und sowohl dem Hausarzt als auch den Familienangehörigen wurde der Zutritt verweigert. Nach sechstägigem Verhör wurde keine Anschuldigung gegen sie erhoben.

Aufgrund eines Auslieferungsantrags der BRD-Behörden wurde Róisín McAliskey am 26. November nach London geflogen und in Auslieferungshaft genommen. Ein Polizeiarzt zeigte sich über ihre gesundheitliche Situation besorgt und sagte, daß sie in eine Entbindungsstation verlegt werden solle. Trotzdem wurde sie in den Londoner Frauenknast Holloway gesperrt, wo sie in Isolationshaft saß, ununterbrochen künstlichem Licht ausgestzt war und benötigte Medikamente nur mit Verzögerung erhielt. Erst über eine Woche nach der ursprünglichen Festnahme konnten Familienangehörige sie hier das erste Mal besuchen. Dringend notwendige vorgeburtliche Untersuchungen wurden ihr jedoch weiterhin verweigert. Ohne Benachrichtigung ihrer Angehörigen oder ihrer Anwältin wurde Róisín McAliskey dann am 30. November in den Männerknast Belmarsh verlegt, in dem es keinerlei Einrichtungen für gefangene Frauen gibt. Hier wurde sie 24 Stunden am Tag in einer verdreckten Zelle ohne Heizung eingesperrt und erhielt z.T einen ganzen Tag lang nichts zu essen. Ein Gefängnisarzt stellte fest, daß sie über keine weiteren Nahrungsreserven für die Schwangerschaft verfügt. Er forderte eine ununterbrochene medizinische Überwachung sowie weitere medizinische Untersuchungen. Zwar ist Róisín seitdem wieder im Frauenknast Holloway, doch hat sich ihr Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Sie ist weiterhin in Isolationshaft, wird auf dem Weg zum Gericht nacktdurchsucht und hat keinen Zugang zu Tageslicht.

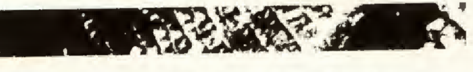
Prozeßauftakt vom Gericht abgesagt

Der Prozeß gegen Claus, der am 7.2. vor dem Hamburger Amtsgericht beginnen sollte, ist vom zuständigen Richter wenige Stunden vor dem angesetzten Termin telefonisch abgesagt worden. Claus wird in der Anklage „Gefährliche Körperverletzung" vorgeworfen, am 16.6.95 bei einer Demo in Hamburg gegen die bundesweiten Razzien vom 13.6. Polizisten angegriffen zu haben.

Dem zuständigen Richter ist am Tag vor Prozeßbeginn von den Bullen mitgeteilt worden, daß er sich doch auf ein größeres öffentliches Interesse vorbereiten solle und man müßte doch noch besondere „Sicherungsmaßnahmen" absprechen. Daraufhin scheint der besagte Richter erst begriffen zu haben, was für ein Prozeß da auf ihn zukommt. Jetzt wird zwischen den zuständigen Gerichten versucht, den Prozeß gegen Claus mit dem gegen Gunnar (Anlaß ist dieselbe Demo, bzw. Prügelorgie der Bullen vor der Flora am 16.6.95) wegen Landfriedensbruchs zusammenzulegen. (...)

Bis jetzt ist eine neue Terminplanung nicht abzusehen. Achtet bitte auf entsprechende Veröffentlichungen

Prozeßgruppe 16.6.



Razzia wegen TierbefreierInnen

Am 12.2. durchsuchte die Kripo die Wohnungen zweier angeblicher Mitglieder des „Bundesverbandes der TierbefreierInnen". Sie sollen am 8.12.96 Buttersäure in Wandsbeker Geschäfte gespritzt und in einem Pelzgeschäft 15000 DM Schaden verursacht haben. Die Bullen beschlagnahmten Kleidung und ein Fahrrad, beides sei bei dem Anschlag verwendet worden, so die Bullen.

Graue Wölfe mordeten

Am Montag dem 3.2.97 wurde in Kiel Ercan Alkaya, Mitglied des örtlichen Alevitischen Kulturvereins, auf offener Straße von einem Mitglied der „Grauen Wölfe" ermordet.

Am 7.2. nahmen mehrere Tausend Menschen an einer aus diesem Grund organisierten Demonstration in Kiel teil.



Razzia wegen Interim

Am 13.2. durchsuchten die Bullen den „Buchladen in der Osterstraße" und die Wohnung des Geschäftsführers auf der Suche nach der Interim Nummer 399. Grund: In der Ausgabe sei „eine Anleitung zur Herstellung von Brandsätzen enthalten" gewesen.

Die Interim war aber schon ausverkauft...

Fall Bankole: Geringe Schuld von Flughafenarzt

Der Prozeß gegen einen wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagten Flughafenarzt wurde am 4. Februar vom Frankfurter Amtsgericht wegen geringer Schuld des Angeklagten eingestellt. Dem Arzt war vorgeworfen worden, keine geeigneten Wiederbelebungsmaßnahmen ergriffen zu haben, als der 30jährige Nigerianer Kola Bankole nach der Verabreichung zweier Beruhigungsspritzen im Flugzeug tot zusammengebrochen war. Bankole sollte am 30. August 1994 vom Rhein-Main-Flughafen aus nach Nigeria abgeschoben werden, wehrte sich jedoch heftig und bekam darauf hochwirksame Beruhigungsmittel gespritzt.

Der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main wurden nach dem Tod des Nigerianers von mehreren Seiten einseitige Ermittlungen vorgeworfen. Vorschnell habe sie sich darauf festgelegt, daß Bankole eine dem BGS und dem Arzt nicht bekannte Herzkrankheit gehabt habe und an durch die Beruhigungsmittel untersütztem Herzversagen gestorben sei, kritisierte seinerzeit der Verein demokratischer ÄrztInnen. Zeugen hatten gesehen, daß der Nigerianer von BGS-Beamten geschlagen, mit einem Mund-Nasen-Pflaster und Klebeband geknebelt und in Hockstellung gefesselt worden war. Dann habe er die Beruhigungsspritzen erhalten. Nach Ansicht verschiedener Ärztevereine starb Bankole nicht an Herzversagen, sondern erstickte an der BGS-Knebelung.

Nachdem bereits die Ermittlungen gegen die Beamten des BGS eingestellt worden waren, begründete die Richterin das Urteil gegen den Arzt damit, daß die Verantwortung für die Abschiebung beim BGS gelegen habe und eine alleinige Verurteilung des Arztes „sachfremd und ungerecht" sei. Dem Flughafenarzt wurde auferlegt, 5000 DM an amnesty international zu zahlen.



Flucht geglückt

Am 22.2. gelang vier Abschiebehäftlingen die Flucht aus dem Hamburger Abschiebeknast Glasmoor. Trotz sofort eingeleiteter Großfahndung konnten die Bullen erfreu-licherweise niemanden gefangen-nehmen.

Weiterhin finden die „Sonntagsspaziergänge" zum Abschiebeknast statt an jedem 1. und 3. Sonntag im Monat. Treffpunkt 14 Uhr „Haus für Alle" Amandastr. 58 (Hamburg), 15 Uhr Am Glasmoor, Norderstedt



Ist der Castor nun da? Oder nicht?

Wie auch immer, wenn diese Zeitung fertig ist, ihr sie in Händen haltet, ist die „Schlacht" geschlagen. Vorläufig. Der Castor dürfte jetzt im Lager sein, so vermuten wir. Und dennoch: Die „Anti-Castor-Bewegung" ist ein voller Erfolg. Wann finden unsere Aktionen und durchaus auch z.Teil unsere Inhalte solch ein breites Gehör?
Auch die auf diesen Seiten dokumentierten Aktionen wurden von den (bürgerlichen) Medien ausführlich dokumentiert. So war denn zu lesen, daß durch den Anschlag auf die Achszählgeräte in Rahlstedt (s.u.) die Schranken zweier Bahnübergänge nicht geschlossen werden konnten. Bahn-Sprecher H.Kujawa laut Mopo: „Die Zugführer wurden sofort (nach Meldung des Schadens durch den Computer, d.Setzer) angewiesen, vor den Übergängen zu stoppen und sie nur im Schrittempo zu passieren". Kurz nach den Sabotageaktionen wäre der Verkehr an den Übergängen dann durch Bahnpersonal geregelt worden.
Am selben Morgen zwischen 7 und 8.00 Uhr wurden an zahlreichen HamburgerAmpelanlagen die Schaltkästen von beherzten Menschen geöffnet und die Ampeln ausgeschaltet. Auf den Kästen wurden Parolen gegen den Castor hinterlassen. Leider wurden zwei Menschen von Zivis festgenommen unter dem Vorwurf, an dieser effektiven Aktion beteiligt gewesen zu sein. Nach einer ED-Behandlung wurden sie gegen 15.00 Uhr wieder freigelassen.
In der Nacht vom 24. auf den 25.2. gab es bundesweit acht (!) Hakenkrallen-Anschläge auf Oberleitungen der Bundesbahn.
Der Widerstand wächst. Über kurz oder lang werden die Castor-Tansporte ins Wendland eingestellt werden müssen. Ob es gelingt, den Widerstand thematisch auszuweiten auf mehr als nur „Anti-Castor" wird die entscheidende Frage....



Dokumentation

Den Atomstaat und seine kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Wurzeln angreifen!!!

Kampf gegen den Castor heißt Kampf gegen die herrschende Ordnung!!!

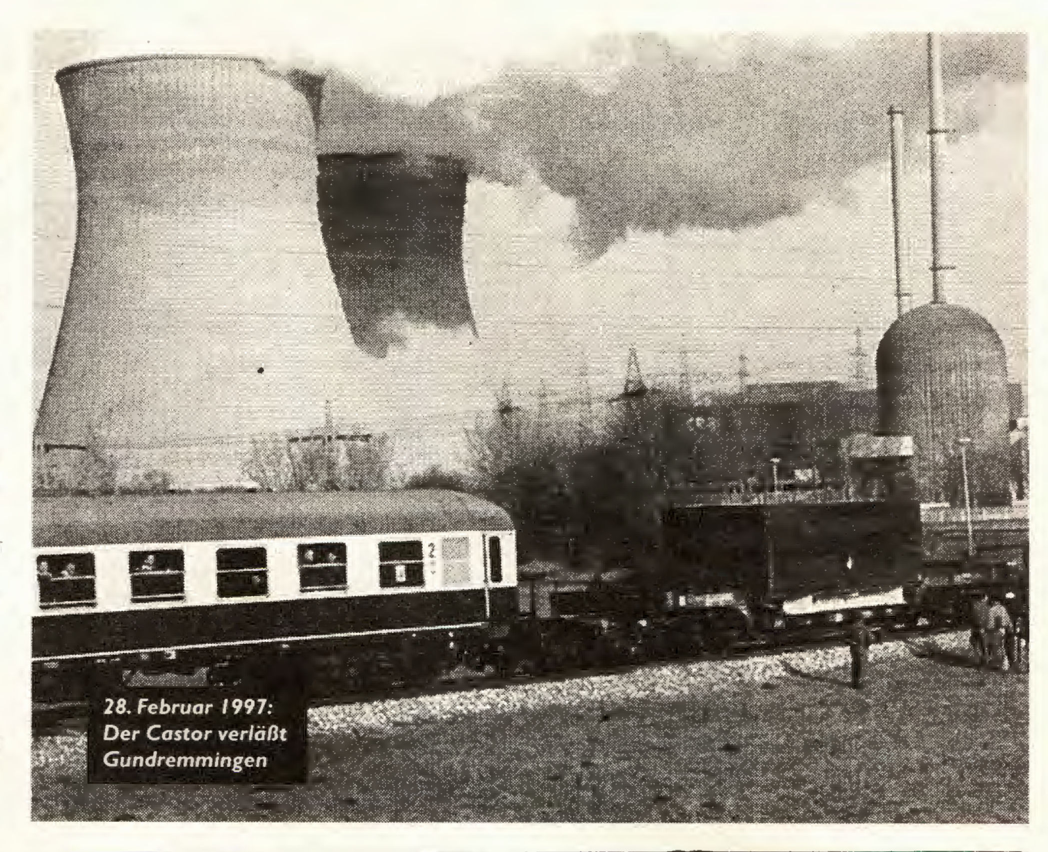
Wir haben in der Nacht zum 18.2.97 Geschäftsräume der HEW (Osterstr., 20259 HH), der DRESDNER BANK (Oberstr.88, 20149 HH) und der DEUTSCHEN BAHN AG (Museumstr.39, 22765 HH) entglast und mit Farbe eingedeckt! Sie sind Teil der Verflechtung von Privatwirtschaft, Politik, Militär, Polizei, Kontrollgremien und Aufsichtsbehörden im Atomstaat BRD.

Die HAMBURGER ELEKTRIZITÄTSWERKE (HEW) gehören zu den acht größten Energieversorgungsunternehmen (EVU) der BRD und liefern jährlich 15 Mio. Kilowattstunden Strom; davon zeitweise bis zu 80% aus den von ihr betriebenen AKWs Brokdorf, Brunsbüttel, Stade und Krümmel. Skrupellos werden im Sinne der Profitmaximierung veraltete Techniken (Schweißnähte, Druckbehälter) eingesetzt, dafür Abnahmezeugnisse und Überwachungspläne zusammen mit dem TÜV gefälscht und zunehmende Leukämieraten ignoriert. Außerdem ist die HEW über die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) an den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie der „Entsorgung" aller dt. AKWs beteiligt. In Zukunft wird auch die Ausdehnung des Geschäfts auf Osteuropa und den Trikont angestrebt.
Die DRESDNER BANK ist eine der führenden KreditgeberInnen für das Stromkartell und damit maßgeblich an der Durchsetzung der Atomenergie beteiligt. Neben finanziellen Interessen (Kreditaufzeiten) ist das Unternehmen auch an den drei größten EVUs RWE (27,6%), VEBA (22,8%) und VIAG (2,4%) beteiligt und sitzt im Dt. Atomforum. Im Wechsel mit der Dt. Bank stellt sie den Aufsichtsrat der RWE. Billigstrom für die Großindustrie, Blockade alternativer Energieformen und die Ausdehnung des Kraftwerkstandorts Europa sind Grundzüge der Firmenpolitik.
Beide Unternehmen verdanken Fundamente ihrer jetzigen Macht dem Nationalsozialismus: umfangreiche Zwangsarisierungen vergrößerten die Dresdner Bank, während die HEW als „Kriegsmusterbetrieb" Häftlinge aus den KZs Neuengamme und dem Außenlager Alt-Garge beim Bau der Kraftwerke Ost-Hannover und Neuhof einsetzte und den

ZwangsarbeiterInnen noch bis in die 90er-Jahre „Entschädigungszahlungen“ verweigert. Die DEUTSCHE BAHN AG schafft mit ihren Transporten von Castorbehältern, Brennelementen und Uranvorräten erst die Vorraussetzungen für das Funktionieren des atomaren Geschäfts. Das extrem hohe Risikopotential und die ständige Strahlenbelastung wird ignoriert.
Außerdem ist die Deutsche Bahn AG Miteigentümerin von Atomanlagen (z..B. 18,2% am AKW Neckarwestheim).

Laßt uns die Verfilzung an allen Ecken aufdecken und angreifen!!
Gegen die menschenverachtende Politik von Staat und Wirtschaft - für einen lebendigen und militanten Widerstand!
Demonstriert, blockiert, sabotiert in Hamburg und im Wendland!
Laßt es krachen und klirren - lohnende Ziele gibt es überall!!
Spuckt der Atommafia in die Suppe!

Linksradikaler Arbeitskreis für die Stillegung aller Atomanlagen und der HERRschenden Klasse



28. Februar 1997: Der Castor verläßt Gundremmingen

Dokumentation

Pressemitteilung zur Sabotageaktion an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck am 27.2.1997

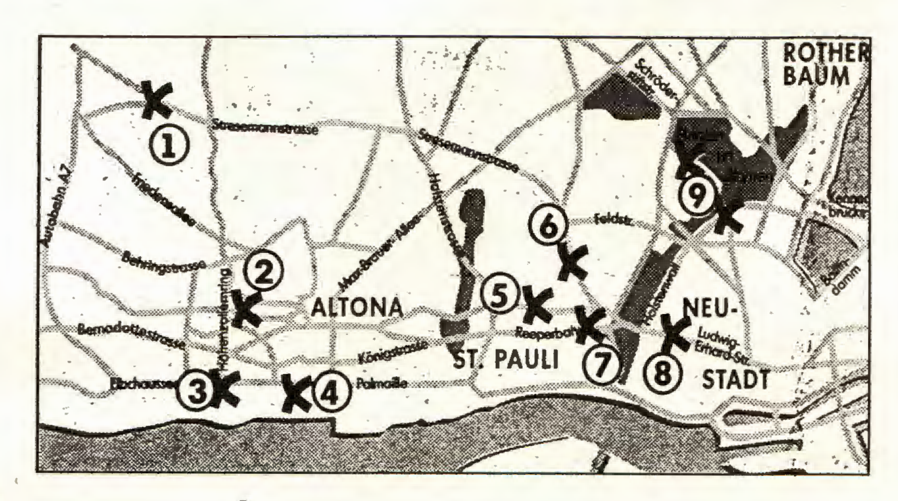
„Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, ganz unten steht das Flugblattverteilen und ganz oben die bewaffnete Aktion. Ein Denken in hierarchischen Kategorien sieht Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Leistung und bleibt so einem patriarchalisch/kapitalistischen Denken verhaftet. Die Überwindung legaler Strukturen und legalistischem Denken ist die Vorrausstzung der Entwicklung einen freien Gesellschaft.“ (Revolutionäre Zellen, 1980 zum subversiven Kampf in der Anti-AKW-Bewegung)

Heute morgen wurden von uns an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck zwischen Rahlstedt und Ahrensburg in beiden Fahrtrichtungen mehrere Achszählgeräte der Deutschen Bahn zerstört. Wir hoffen, daß mit dieser Aktion, die zu keinem Zeitpunkt Leben oder Gesundheit von Bahnpersonal oder Fahrgästen gefährdete, der Fahrplan der DB ein wenig durcheinandergeraten ist. Unsere Initiative ist bestimmt als Teil der Mobilisierung gegen den dritten Castortransport nach Gorleben Anfang März. Auch wenn wir uns heute auf die DB als Angriffsziel beschränkt haben, begrüßen wir doch die sich im letzten Jahr verstärkt abzeichnende Tendenz, den Kampf über das Problem der Lagerung und des Transports von Atommüll hinaus auszuweiten und andere Facetten des Atomprogramms zu thematisieren und anzugreifen, was sich z.B. in der Demonstration und den Aktionen gegen das Firmenjubiläum von Siemens ausdrückte. Sehr erfreulich wäre es auch, wenn sich die durch die Springerpresse verbreitete Meldung bestätigen würde, daß der BGS (Bundesgrenzschutz) sich um die Effektivität der Grenzkontrolle an der Oder Sorgen macht, da ein großer Teil der Schergen mitsamt Nachtsichtgeräten und Hubschraubern in der ersten Märzwoche im Wendland zum Einsatz kommen wird. Noch erfreulicher wäre es natürlich die hiesige Restlinke würde auch mal eine annähernd große Mobilisierung für offene Grenzen zustande bringen - oder daß zumindest ein Teil der BGS-Schergen und ihres Geräts nicht unversehrt zu ihrer Drecksarbeit zurückkehren können.
In diesem Sinne wünschen wir allen, die sich in den nächsten Tagen am Widerstand gegen den Castortransport beteiligen, viel Glück und viel Erfolg.

Auf daß es der letzte Transport nach Gorleben wird...

Revolutionäre Gruppe Wasserkante, Hamburg 27.2.97

P.S.: Liebe Grüße an die „Flammenden Herzen“ und vielen Dank für das in der „Radikal“ abgedruckte Hintergrundwissen zu den Achszählgeräten....



Auch Entenvieh macht Mist

Erste Anklage in Sachen radikal

Im Januar fanden 4 angebliche Mitarbeiter der radikal ihre Anklageschrift im Briefkasten. Wir gehen davon aus, daß der Prozeß in absehbarer Zeit in Koblenz beginnen wird.

Auch bei uns haben nur wenige den rechten Überblick, wo überall Staatsanwaltschaften und Justiz etwas gegen die *kriminelle Vereinigung radikal* zusammenbrauen. Deshalb werden wir diesen Text damit beginnen, daß wir einen Gang durch den Dschungel der Durchsuchungen und Verfahren schlagen, um etwas Struktur in die verworrene Lage zu bringen.

Im zweiten Teil informieren wir über die erste Anklage, über die konkreten Vorwürfe. Wir gehen auf die Folgen ein, die sich aus den Verfahren und den beabsichtigten Urteilen ergeben würden.

Im dritten Teil lassen wir den Ankläger selbst sprechen. Er redet - gestützt auf BKA-Auswertungen -über das konspirative Innenleben und die Organisierung der radikal, und mit diesem Bild einer *kriminellen Vereinigung* werden wir während des Prozesses konfrontiert werden.

Das folgende ist trockene Kost, was allerdings am Thema liegt:

Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren

Eine Chronologie der Durchsuchungen und Verfahren:

—► am 13.6.95 an 55 Orten in 10 Städten wegen KOMITEE, AIZ, RAF und radikal.

—► am 14.12.95 in Dresden, auf der Suche nach Verantwortlichen für den angeblichen Verkauf bzw. "das Verleihen" der radikal in einem Infoladen. Verdacht auf *Werbung für eine terroristische Vereinigung*.

—► am 19.12.95 in Oldenburg, Bremen, Kiel, Münster und Braunschweig, wo gegen vermeintliche Kontaktadressen und eine Druckerei der radikal-Struktur vorgegangen wurde. Verfahren wegen *Unterstützung* sowie *Mitgliedschaft* in der radikal.

—► am 17.7.96 in Flensburg, Hamburg, Buxtehude, Speyer, Mannheim und Ludwigshafen. Verfahren gegen 4 Leute wegen *Unterstützung* der radikal, weil sie sie verteilt bzw. abonniert hätten.

—► im Herbst 1996 in Karlsruhe gegen zwei Verantwortliche eines Buchladens, wo die radikal verkauft worden sein soll. Vorwurf: *Unterstützung*

—► am 11.12.96 in Vaals (Niederlande) und in Aachen gegen ein angebliches *Mitglied* der radikal. Die Durchsuchung sorgte in den Niederlanden nachträglich für einigen Skandal.

—► am 30.1.97 in Berlin gegen 3 angebliche *Mitglieder* der radikal. Einer davon ist Redakteur der linken Tageszeitung 'Junge Welt'.

Für all diese - unvollständig aufgelisteten - Überfälle und die zugrundeliegenden Verfahren ist die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe verantwortlich.

Den Durchsuchungen vom 13.6.95 lagen diverse Ermittlungsverfahren und Haftbefehle gegen 7 Leute zugrunde. Sie lauteten auf *Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal*, *Werbung für terroristische Vereinigung* und anderes.

Der Ursprung der radikal-Verfahren liegt in einem Haus in der Eifel, das verwanzt war und monatelang vom LKA Rheinland-Pfalz abgehört wurde. Dabei sollten Erkenntnisse über die Illegalen der RAF rausspringen, indem man Leute bespitzelte, die sie *RAF-Umfeld* nennen. Stattdessen wollen sie an einem Wochenende im September 1993 das Treffen eines überregionalen radikal-Gremiums belauscht haben. Die abgehörten Gespräche protokollierten sie wortwörtlich auf 700 Seiten.

In den folgenden Monaten ordneten sie 7 Leute diesem Treffen zu. Sie wurden über ein Jahr observiert und belauscht, ihre Kontakte wurden durchgecheckt und dabei weitere Verfahren eingeleitet.

Am 13.6.95 griffen sie zu. Bei den Durchsuchungen wurde Material beschlagnahmt, das sie als internen Schriftverkehr der radikal bezeichnen, und aufgrund dessen sie noch einen Haftbefehl ausstellten, weitere Verfahren einleiteten, sowie am 19.12.95 erneut in 5 Städten durchsuchten. Auch hier wollen sie auf internen Schriftverkehr gestoßen sein. Alle folgenden Durchsuchungen und Verfahren begründeten sie mit Funden vom 13.6. und 19.12.95.

Von den insgesamt 8 mit Haftbefehl gesuchten Leuten tauchten 4 unter, während die 4 anderen für ein halbes Jahr eingelocht wurden. Kurz nach ihrer Entlassung im Dezember 95 gab die Bundesanwaltschaft (BAW) ihr Verfahren an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Koblenz ab. Im Abschlußbericht der BAW hieß es unter anderem, daß der Anfangsverdacht, die 4 hätten *terroristische Vereinigungen unterstützt* (also nicht nur für sie geworben) durch die weiteren Ermittlungen nicht bestätigt werden konnte.

Die Koblenzer Verantwortlichen sind: Oberstaatsanwalt Knieling und der Vorsitzende des 2.Strafsenats am Oberlandesgericht (OLG) Dr.Vonnahme.

Die 4 Abgetauchten stellten sich im Laufe des letzten Jahres, wobei einer für knapp drei Monate eingelocht wurde. Ihm und einem anderen wird nicht nur die Mitwirkung an den radikal-Ausgaben 148-152 zwischen September 93 (Lauschangriff in der Eifel) bis zu den Razzien am 13.6.95 angelastet, sondern auch die Nr.153 und.154, die später erschienen, und an deren Erstellung bzw. Logistik sie sich mit beipielhafter krimineller Energie auch auf der Flucht beteiligt hätten. Gegen einen lief bis kurz vor seiner Rückkehr auch ein Verfahren wegen AIZ, das aber eingestellt wurde.

Auch das Verfahren gegen diese 4 wurde von Hofmann (BAW) abgegeben, diesmal an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Düsseldorf. Abgegeben wurde auch das Verfahren gegen eine Frau, gegen die - zwar ohne Haftbefehl - ebenfalls wegen *Mitgliedschaft in der radikal* ermittelt wird und wegen AIZ ermittelt wurde.

(AIZ-Verfahren liefen gegen über ein Dutzend Leute, wovon einige mitlerweile eingestellt sind.)

Verantwortlich für die seit November 96 in Düsseldorf weiterlaufenden Ermittlungen ist Oberstaatsanwalt Bien. Inzwischen wurden die Ermittlungsakten den 5 Beschuldigten weitgehend zugestellt, wobei es sich auch hier, wie bei den Koblenzer 4, um einen Berg von um die 100 Akten handelt. Wann Anklage erhoben wird, ist unklar.

Über die Gründe, warum Verfahren mit gleichlautenden Vorwürfen aufgetrennt und vor verschiedenen OLGs verhandelt werden sollen, läßt sich spekulieren. Die BAW hätte auch nach Celle, Bremen, Hamburg, Berlin oder ein anderes Bundesland abgeben können, da sich die Straftaten in verschiedenen Bundesländern abgespielt haben sollen und entsprechend die jeweiligen OLGs zuständig gemacht werden können.

Auch ohne zu spekulieren läßt sich allerdings feststellen, daß so zweimal die Chance besteht, ein für die BAW genehmes Urteil zu bekommen. Es geht ja darum, eine vermeintliche Redaktion und angebliche UnterstützerInnen pauschal als *kriminelle Vereinigung* (Par.129) zu verurteilen, was in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte eine Neuigkeit wäre. Scheitert das womöglich im Prozeß gegen die 4 in Koblenz, gelingt es womöglich in Düsseldorf, zumal ein zweiter Prozeß in der Regel weit weniger Beachtung und damit Öffentlichkeit findet als der erste.

Unabhängig der Koblenzer 4 und Düsseldorfer 5 sitzt die BAW auf diversen anderen radikal-Ermittlungsverfahren. Gegen weitere 9 Leute aus 5 Städten wird ebenfalls wegen *Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal, Werbung für terroristische Vereinigungen* u.a. ermittelt, was insgesamt also 18 Leuten vorgeworfen wird. Ermittelt wird außerdem gegen mindestens 16 Leute aus 8 Städten wegen *Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal*. Insgesamt laufen also 34 radikal-Verfahren, von denen wir wissen.

Während ersteren die direkte Zugehörigkeit und Beteiligung an der radikal-Struktur vorgeworfen wird, sollen letztere sie unterstützt haben, indem sie beispielsweise ihre Adresse für Briefkontakte zur Verfügung stellten, die radikal verteilten oder auch nur über ihre Homepage einen Hinweis (Link) darauf legten, wo die radikal im Internet eingesehen werden kann. Wegen diesem Vorwurf wird Angela Marquardt, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der PDS, in Berlin angeklagt. Ihr Prozeß wird vermutlich im Juni beginnen.

Anmerkung:
Im Herbst 1996 startete die BAW den Versuch, die über den niederländischen Anbieter 'xs4all' (sprich: Access for all, Zugang für alle) ins Internet eingespeisten radikal-Seiten zu isolieren. Sie schickte dem Verein der deutschen Anbieter (Provider) ICTF einen Drohbrief, demzufolge sie Beihilfe für Straftaten begehen würden, wenn sie nicht dafür sorgen, daß die radikal-Seiten von Deutschland aus nicht mehr abgerufen werden können. Die aufstrebenden Jungunternehmer vom ICTF reagierten, wie es deutsche aufgeklärte Jungunternehmer nunmal tun: mit Selbstzensur. Das heißt Sperrung der über Deutschland abrufbaren radikal-Seiten (z.B. des Links auf der Homepage von Angela Marquardt), und als dies nichts half, mit einer kompletten Blockade von 'xs4all'.
Aber auch das ging in die Hose. Nicht zuletzt wegen der Hartnäckigkeit von 'xs4all' entwickelte sich die Angelegenheit zum Bumerang für die deutschen Provider und die BAW. Die beabsichtigte Zensur im Internet stieß auf weltweite Beachtung und Solidarität. Die amerikanische EFF, angesehene Pioniere des Internet, lösten den "weltweit, dringenden Zensur-Alarm" aus, woraufhin die radikal-Seiten innerhalb weniger Tage von Providern in Kanada, USA, Japan u.a. gespiegelt, d.h. kopiert wurden. Im Netz gab es viele Diskussionen, wie die Zensur zu umgehen sei. Heute existieren im Internet weltweit 8000 Archive, in denen die radikal-Seiten zu finden sind, und allein bei 'xs4all' werden sie monatlich 3-4000 mal abgerufen. Selbst über den 'Spiegel-Online' landet man mit zwei Mouseklicks auf den radikal-Seiten.



Was die BAW mit diesen Verfahren anzufangen gedenkt, weiß sie vielleicht selbst noch nicht genau. Tatsache ist, daß Ermittlungen nach den Paragrafen 129 (hier: *Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung*) und 129a (hier: *Werbung für terroristische Vereinigungen*) besondere polizeiliche Maßnahmen ermöglichen, wie Abhörmaßnahmen, Observationen oder das Datenzapfen bei anderen Behörden und Versorgungsunternehmen.

Tatsache ist auch, daß solche Verfahren für die Betroffenen mehr oder minder Streß bedeuten, da sie ständig mit Überwachung und Lauscherei rechnen müssen ohne gleichzeitig zu wissen, was ihnen konkret vorgeworfen wird. Wenn die Ermittlungen irgendwann eingestellt werden, also keine Anklage und kein Prozeß folgt, werden sie nie Akteneinsicht erhalten und nie erfahren, aufgrund welcher Behauptungen sie und ihr Umfeld ausgeschnüffelt wurden. Dann wird es heißen, *der Verdacht konnte nicht oder nur ungenügend bestätigt werden* (oder so ähnlich), aber gewisse Dienste werden ihre während der Ermittungen gewonnenen Erkenntnisse wohl kaum auf den Müll schmeißen..

Möglich ist auch, daß die BAW diese Verfahren am laufen hält bis in Koblenz und/oder Düsseldorf das Urteil gesprochen wurde. Wird die radikal dort als *kriminelle Vereinigung* denunziert, könnten weitere Mitglieder, Unterstützerinnen und Handverkäufer pauschal abgeurteilt werden. Eine Prozeßlawine ohne Ende wäre möglich. Besonders da Hofmann (BAW) diesen Fall mit bissigem Elan verfolgt und ihn als Sprungbrett für Karrieregelüste zu nutzen versucht.



Die Vorwürfe in der Koblenzer Anklage

Jetzt zur ersten Anklage in Koblenz.

Das folgende ist sicher kein Krimi in Prosa und wird für die meisten, die sich mit dem Mist nicht schon mal rumschlagen mußten, nicht leicht zu verstehen sein. Aber wir bemühen uns. Unseres Erachtens darf die Juristerei in politischen Verfahren nicht vernachlässigt werden (was nicht heißt, daß man alles darauf bauen sollte), und in diese Maschine können über kurz oder lang alle geraten, die Widerstand leisten. Also sollten sich auch alle ein bißchen auskennen.

Wie bereits erwähnt rechnen wir mit Prozeßbeginn ab Sommer. Angeklagt sind Rainer Paddenberg aus Münster, Andreas Eheresmann und Ralf Milbrandt aus Hamburg und Werner Konnerth aus Berlin. Die 4 saßen von Juni bis Dezember 95 im Knast.

Sie sollen folgende krimelle Handlungen begangen haben:

1. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Par.129),

wobei einer der 4 als Rädelsführer eingestuft wird. Das Ziel dieser Organisation bestehe darin, Straftaten zu begehen. Die Straftaten bestehen darin, in verschiedenen radikal-Ausgaben zu eben Straftaten aufgefordert, sie gebilligt und dazu angeleitet, sowie für terroristische Vereinigungen geworben zu haben.

Das will sagen: die radikal ist deshalb eine kriminelle Organisation, weil sie Straftaten begeht, indem sie über Straftaten schreibt, diese dokumentiert, darüber diskutiert. Das Verbrechen besteht darin, Gesetzesbrüche öffentlich zu befürworten und Tips dafür zu geben. Oder nochmal umgangssprachlicher: Wer sagt und schreibt, daß für ihn oder sie das geltende Recht beziehungsweise staatliche Gewaltmonopol nicht bindend ist und gar zu Gesetzesbrüchen aufruft, begeht ein Verbrechen.

Im dritten Teil gehen wir ausführlicher auf ihre Definition dieser kriminellen Vereinigung ein.

2. Presseinhaltsdelikte

sind Verbrechen, die sich aus dem Inhalt und dessen Veröffentlichung in einer Zeitung ergeben. In Artikel 5 der Verfassung werden Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit zwar garantiert, gleichzeitig aber durch andere Gesetze außer Kraft gesetzt. Beispielsweise durch den Jugendschutz und das Strafgesetzbuch.

Im einzelnen sollen die radikal Nr.148-152 folgende Presseinhaltsdelikte enthalten:

2.1. Unterstützung für terroristische Vereinigungen (Par.129a) in 5 Fällen.

(Dieser Vorwurf steht im Widerspruch zu den Vorgaben der BAW bei der Verfahrensabgabe. Wir gehen davon aus, daß statt *Unterstützung* nur *Werbung für terroristische Vereinigungen* verhandelt wird, zumal Staatsanwalt Knieling zu erkennen gab, daß ihm hier eine peinliche Verwechslung der Begriffe unterlaufen ist.)

Inhaltlich geht es um einen Absatz zur niederschmetternden Erkenntnis, daß der Knast-Neubau in Weiterstadt nicht mehr steht. Dadurch soll die RAF *propagandistisch gestärkt* worden sein. Ebenso gestärkt worden sein sollen die AIZ (zweimal), die Rote Zora und eine RZ durch die Veröffentlichung von Aktionserklärungen.

Es soll *allgemeinkundig* sein, daß es sich bei diesen Gruppen um terroristische Vereinigungen handelt. Ob das reicht, bzw. ob ein Staatsanwalt darüber entscheiden kann, was *Allgemeinkunde* zu sein hat, wird im Prozeß geklärt werden müssen. Entscheidender scheint eher, ob eine Gruppe als terroristisch *gerichtsbekannt* ist, also ob schonmal Leute mit dem 129a verurteilt wurden, wie Gefangene aus der RAF, IRA und PKK.

Die AIZ beispielsweise sind als terroristische Vereinigung nicht *gerichtsbekannt*, weil noch niemand deswegen verurteilt wurde. Derzeit sitzen zwei Männer, die sie den AIZ zuordnen, im Knast. Nach ihren eigenen

Gesetzen brauchen sie aber mindestens drei Leute für eine terroristische Vereinigung, und weil sie das Gesetz auf die Schnelle nicht ändern können, suchen die Büttel derzeit krampfhaft nach einem oder einer Dritten, um ihre Vereinigung AIZ daraus zu basteln.

Scheinbar weiß auch Oberstaatsanwalt Knieling aus Koblenz, daß er mit seinen *allgemeinkundigen* Vereinigungen auf dünnem Eis wandelt. Die BAW, der Beißverein, hätte gerne auch das KOMITEE und die 'revolutionären Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen', (die die Druckerei der neurechten 'Junge Freiheit' abfackelten) zur terroristi schen Vereinigung erklärt, was Knieling scheinbar als zu gewagt verwarf.

2.2. Billigung von Straftaten in 19 Fällen (Par.140)

In allen Fällen geht es um den Abdruck von Aktionserklärungen. Ob kommentiert oder nicht, *"aus der Art der Veröffentlichung, insbesondere der Vielzahl dieser Textbeiträge, ergibt sich auch deren friedensstörende Eignung. Es wird die Absicht der Hersteller von 'radikal' deutlich, diese andauernden, schwerwiegenden Rechtsgutverletzungen als nahezu selbstverständliche Folge gesellschaftskritischer Einstellung zu schildern, ohne über die Opfer und den angerichteten Schaden zu reflektieren."*

Es geht um:

- 11 Brandanschläge auf Autos der Luxusklasse zur Vertreibung von Yuppies und Drogendealern aus Kiezen und Vierteln,
- Brandanschlag der 'Flammenden Herzen' auf ein Kreiswehrersatzamt,
- 2 Brandanschläge auf von Faschisten besuchte Jugendclubs,
- Sprengstoffanschlag des KOMITEE auf eine Bundeswehrkaserne,
- Brandanschlag auf ein Kreisbüro der CDU,
- Raub der Abo-Listen der neurechten 'Junge Freiheit',
- Anschlag auf eine Sateliten-Empfangsanlage im Widerstand gegen Pornos, Gewalt- und Machokultur auf SAT1 und RTL,
- Brandanschlag auf die 'Junge Freiheit'-Druckerei.

2.3. Öffentliche Aufforderung zu Straftaten in 3 Fällen (Par.111)

Laut Knieling wird in einem Artikel das Fälschen von Sozialversicherungsausweisen schmackhaft gemacht, und in zwei der oben genannten Erklärungen *zur Begehung weiterer entsprechender Straftaten* beziehungsweise zu *militanten Aktionen in Form von Sachbeschädigungen und Körperverletzung* aufgerufen.

2.4. Anleitung zu Straftaten in 2 Fällen (Par.130a)

Gemeint sind Anleitungen für das Abfackeln von Autos und zur Herstellung von Oberleitungshaken, die sich im Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben großer Beliebtheit erfreuen.

Für all diese Pressedelikte gelten Verjährungsfristen: spätestens 3 Jahre nach Erscheinen der Zeitung muß der Prozeß mit einem Urteil beendet sein, sonst verjähren alle Werbungen, Billigungen und Anleitungen in der betreffenden Ausgabe.

In Koblenz geht es um die radikal-Ausgaben 148-152. Die Nr.148 (deren angebliche Planung in dem Eifel-Haus belauscht wurde) erschien im November 1993, also verjährten im November 1996 alle in ihr enthaltenen Presseinhaltsdelikte. Die Nr.149 erschien im März und die Nr.150 im Juli 1994. Es ist nicht damit zu rechnen, daß bis Juli 1997 ein Urteil vorliegt, also können auch diese beiden Ausgaben gehakt werden.

Demnach bleiben in diesem Prozeß die Ausgaben 151 (Dezember 94) und 152 (April 1995). Im April 1998 wären auch sie verjährt und mit ihnen alle Presseinhaltsdelikte, also auch der 129a-Vorwurf. Da das Oberlandesgericht aber wegen des 129a zuständig ist, müßte der Prozeß abgebrochen und an das Landgericht Koblenz runtergegeben werden. Dann bliebe nämlich nur noch der 129er, und dafür ist eben das Landericht zuständig. Es müßte neu angeklagt und ein neuer Prozeß terminiert werden, denn für die Bildung krimineller Vereinigungen (129) ist keine Verjährung vorgesehen, auch wenn diese Vereinigungen gar nicht mehr existieren sollten.

In anderen Verfahren, wo den Betreffenden (wie z.T. in Düsseldorf) die Beteiligung an der radikal Nr.153 und 154 vorgeworfen wird, werden die Presseinhaltsdelikte erst im November 1998 bzw Juni 1999 verjähren.

3. Steuerhinterziehung in einer Höhe von 16.450 DM

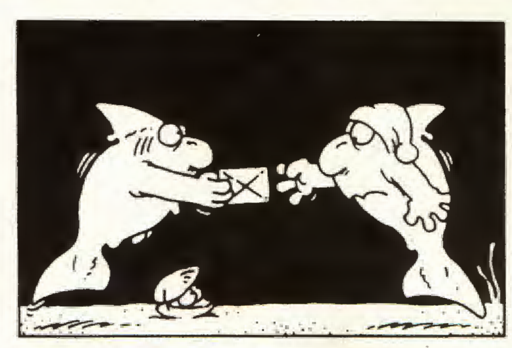
Deutsche Gründlichkeit vergißt nichts: *"Die kriminelle Vereinigung und ihre Mitglieder sind als Unternehmen bzw. Unternehmer anzusehen."* Als solche hätten sie den Gesamtumsatz von 235.000 DM für 8 radikal-Ausgaben mit einer Auflage von je 5000 Exemplaren nicht dem Finanzamt gemeldet und so Steuern hinterzogen.

Möglicherweise wird sich dieser Vorwurf auf die Frage zuspitzen, was von der Steuer übrigbliebe, wenn Porto- Fahrt- und andere abschreibungsfähige Kosten abgezogen werden. Darüber kann dann die 'Titanic' berichten...

Worum geht es?
Die *kriminelle Vereinigung* radikal

Die Presseinhaltsdelikte (129a, 140, 111 und 130a) sind ein wichtiger, aber nicht der einzige Weg zum Ziel. Ein anderer besteht darin, die radikal als *hochkonspirative Organisation* festzuklopfen. Ihre Geschichte und Struktur wird nachgezeichnet um zu belegen: das war von vornherein eine kriminelle Bande, die sich nur deshalb gegründet hat, um Straftaten zu begehen. In dieser Logik ist bereits die verdeckte Organisierung als Folge und Schutz vor der Repression ein Verbrechen.

Das Herzstück der Anklage ist der Vorwurf: radikal = kriminelle Vereinigung (Par. 129). Wie bereits erwähnt, verjährt er nicht, und wird, falls er auch nur in einem Prozeß durchkommt, weitreichende Auswirkungen auf andere Verfahren, die Kommunikations- und Organsiationsmöglichkeiten der Linken haben.



Am Beispiel kurdischer Vereine, Verlage und Zeitungen läßt sich sehen, wie uferlos er zur Kriminalisierung einer ganzen Volksgruppe eingesetzt wird. Im Januar bestätigte das Bundesverwaltungsgericht (BVG) das Verbot des kurdischen Berxwedan-Verlages und der Nachrichtenagentur Kurd-Ha, weil sie von der PKK abhängige Organisationen wären. Die Anhängigkeit ergebe sich aus der Veröffentlichung von PKK-Erklärungen, was auf die *volle inhaltliche Übereinstimmung und gemeinsame Willensbildung* schließen lasse.

Hier wird mal locker behauptet, daß diejenigen, die die Worte einer kriminalisierten Organisation veröffentlichen, allein deshalb selbst Bestandteil dieser Organisation wären.

Die Dimension der pauschalen Kriminalisierung einer Volksgruppe (derzeit sitzen ca. 300 Kurden und Kurdinnen in deutschen Knästen) läßt sich nicht ohne weiteres auf die deutsche Linke übertragen. Hier geht es darum zu verdeutlichen, wie mit einem Paragraphen die alltägliche Verfolgung gesellschaftlich legitimiert wird, und welche Auswirkungen ein 129er-Urteil gegen die radikal für die Linke haben kann.

Es würde die eh schon mageren politischen Artikulations- und Diskussionsmöglichkeiten der Linken in der BRD deutlich verschlechtern, weil es auf alle linken Medien (Zeitungen, Radios, Videogruppen), Druckerinnen und Verbreitungsstrukturen (Buch-, Infoläden, Handverkäufer) angewendet werden kann. Ihre Inhalte könnten pauschal verfolgt werden, weil sie von *kriminellen Vereinigungen* verfasst, gedruckt und verteilt würden. Sie würden weitaus mehr in den Untergrund gedrängt als es schon heute der Fall ist, und die Aussicht, bestimmte Positionen nur noch im kleinen, vertrauten Zirkel vertreten zu können, ist auch heute keine allzu schwarz gemalte Vision.

In der Folge würde die Bedeutung linker Argumentation in gesellschaftlichen Diskursen noch mehr abnehmen, zumindest könnten alle als kriminell oder terroristisch interpretierbaren Worte der Selbstzensur - das heißt der Angst vor Repression - zum Opfer fallen. Die Linke würde noch mehr ins Abseits oder in den Untergrund gedrängt, wenn sie ihre Systemopposition im öffentlichen Rahmen nicht deutlich benennt oder ihre militanten und bewaffneten Arme und Beine in der eigenen Diskussion endgültig aufgibt.

Nicht nur der Maulkorb wird einer Zeitung stellvertretend für alle angelegt, sondern auch die Form der verdeckten Organisierung kriminalisiert.

"Die radikal hat seit 1984 mit dem Prinzip von Auslandsadresse, unsichtbaren Verteil-Strukturen und anonymer Redaktion einen Freiraum geschaffen, von dem viele andere Zeitungen bis heute profitieren. Autonome Zeitungsgründungen in den 80er Jahren (z.B. Razz, Swing, Ausbruch, Agitare Bene, Interim...) machten dieses Prinzip in abgewandter Form zu ihrem." (aus einem Veranstaltungsaufruf).

In Koblenz wird also auch über verdeckte Strukturen gerichtet, die nie ein Selbstzweck sondern notwendiges Mittel sind, linke Politik auch außerhalb staatlicher Kontrolle und Repression zu artikulieren und zu organisieren. Ohne dieses Mittel hängt der Teil linker Diskussion, der sich theoretisch wie praktisch mit revolutionärer Politik und der Abschaffung des Sytems auseinandersetzt, am staatlichen Tropf. Wann immer es der Repression beliebt, kann der Stecker gezogen und die Verbreitung unliebsamer Erklärungen und Diskussion verhindert werden. Die Alternative wäre, sich Schritt für Schritt den gesetzten Spielregeln anzupassen.

Unabhängig von Maulkörben, Kommunikationsmöglichkeiten und verdeckten Strukturen hat jeder Angriff auf ein Projekt der radikalen Linken Auswirkungen auf alle anderen:

"Wenn die BAW mit ihrem jetzigen Angriff durchkommt ohne nennenswerten Widerstand zu ernten, bedeutet das, daß alle, die an einer linksradikalen Perspektive festhalten und dies auch in irgendeiner Form in die Tat umsetzen, in ihrem politischen Aktionsradius noch weiter eingeschränkt werden. Wie schon gesagt wurde gehen wir davon aus, daß die jetzige gesellschaftliche Situation von einem Kräfteverhältnis bestimmt ist, wo es dem Staat möglich ist, auf allen Ebenen linke Gegenkonzepte nicht nur zurückzudrängen, sondern für lange Zeit in die Totaldefensive zu drängen. In einer solchen Situation hat ein Frontalangriff des Staates auf ein wie auch immer beschaffenes Teilprojekt der radikalen Linken schwerwiegende Konsequenzen für alle anderen." (aus einer Veranstaltungs-Broschüre)



Urteile werden zwar von einzelnen Richtern gefällt, aber in politischen Prozessen hängen sie von vielen Faktoren ab: von der Verteidigung, von der Abhängigkeit und Laune der Richterin, von juristischem Schnickschnack wie Verjährungsfristen und Lauschangriffen in diesem Fall.

Erfahrungsgemäß hängt der Ausgang politischer Prozesse auch vom öffentlichen Druck und dem Druck der Straße ab. Er kann zumindest bewirken, daß die An-

gelegenheit nicht nur auf ihrer - der juristischen - Ebene entschieden wird. Nach der Einstellung des 129-Verfahrens gegen die Antifa (M) stellte einer ihrer Sprecher fest: *"Ohne das große öffentliche Interesse und den damit verbundenen Druck auf die Generalstaatsanwaltschaft in Celle wäre das Verfahren nie eingestellt worden"*.

Erfahrungsgemäß wird dieser Druck weniger von bürgerlichen Medien erzeugt, die sich bis auf wenige Ausnahmen kaum für den Fall radikal interessieren, sondern von unten. Über Aktionen, Veranstaltungen, Demos und tausenderlei andere Aktivitäten in Stadt und Land, die dann - ab einer gewissen Qualität und Häufigkeit - auch von den Medien nicht übersehen werden können.

Deshalb wird es mit von allen abhängen, die die Problematik sehen, sich solidarisieren und anhand ihrer Möglichkeiten dafür sorgen, daß den Bütteln diese Suppe ungenießbar wird.



Informations-AG der bundesweiten Soligruppen, Februar 97

Hafenkrankenhaus: Sozialer Protest und Heimattümelei?

Der berechtigte und notwendige Kampf um den Erhalt des Hafenkrankenhauses hat eine Schattenseite, die immer schwärzer wird. Aus dem Einsatz für den Erhalt des staatlichen Gesundheitswesens, für eine garantierte Gesundheitsversorgung gerade der nicht privatversicherten Bevölkerungsgruppen wird mehr und mehr die Inszenierung eines Lokalpatriotismus.

Gerade auf Sankt Pauli haben Linke seit langem ihr Herz für etwas entdeckt, was sie richtigerweise für Deutschland ablehnen: Als kleine Nation wird St. Pauli als vereinheitlichte Gemeinschaft konstruiert und herbeigeredet. Viele Linke verwechselten auch früher schon den Kampf gegen die BRD oder den Kapitalismus mit dem Inszenieren von kleinen Heimaten: Freiräume wie unser Schanzenviertel sind ja so frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Anders ist es nicht zu erklären, warum ein einzelner Nazi im Schanzenviertel (in den Florapark-Neubauten) als Bedrohung gesehen wurde und sein Wegziehen aus dem Stadtteil als Erfolg gefeiert wurde. Der Viertelpatriotismus geht so weit, daß viele sich ihren Kiez als Besitz einer deutschen autonomen Szene vorstellen. So richtig Aktionen gegen Umstrukturierung im Stadtteil sind, so falsch ist der Umkehrschluß, daß es sich um autonome Viertel handelt. Abgesehen davon, wie dabei schnell vergessen wird, daß 50% der BewohnerInnen St. Paulis keinen deutschen Paß haben, werden auch andere Widersprüche verdrängt. Am klarsten tat sich hierbei einmal mehr die HH 19 hervor, eine Zeitung wie eine schlechte Kopie der DKP-Stadtteilzeitungen der 80er Jahre. HH 19 finanziert sich durch Anzeigen mehr oder weniger alternativer Klitschen und KleinkapitalistInnen. In der Ausgabe 1/97 prangte nun auf fast allen Anzeigen das Signet "Hafenkrankenhaus muß bleiben". Doch damit nicht genug: Der Mann, der mit der Sex-Ausbeutung auf Sankt Pauli am meisten Profit gemacht hat, wird am Krankenbett abgebildet. Daneben heißt es: "Kiezkönig (so möchte er ungern genannt werden) Willi Bartels könnte sich jede Spezialklinik der Welt leisten, ließ sich aber lieber im Hafenkrankenhaus operieren..."

Die Initiative zum Erhalt des Hafenkrankenhauses wirbt nicht nur mit den Fußballern vom FC St. Pauli, auch die Propagandistin norddeutschen Volksbrauchtums Heidi Kabel erklärt: "Ich wäre bei der Besetzung des Hafenkrankenhauses dabei, wenn ich nicht auf Tournee wäre..." Was fehlt dann noch aus dem einschlägigen lokalpatriotischen Viertelbild? Richtig, auf einem Plakat der Initiative prangt Hans Albers mit dem Spruch: Mädels, haltet durch. Patriarchale Muster und bürgerliche Lokalidentitäten reichen sich die Hand. Daß viele Linke Sankt Pauli toll finden, liegt sicher auch am Erfolg der erkämpften Hafenstraßenhäuser. Warum aber deshalb einen Stadtteil, eine fiktive Gemeinschaft anhimmeln?

Der Protest gegen die Schließung des Stadtteilkrankenhauses wäre wenigstens reformistisch, wenn er sich gegen den Abbau von staatlichen Dienstleistungen, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung des Gesundheitswesens richten würde. Warum diese St-Pauli-Tümelei? Klar, in den Medien kommt das gut an: Unser St. Pauli steht wie ein Mann zusammen, wir Hamburger lassen uns nicht alles gefallen vom Senat. Wer Sankt Pauli abfeiert, ohne die sexuelle Ausbeutung zu kritisieren, für die Pauli/Reeperbahn ein Symbol ist, akzeptiert illegalisierte und entrechtete Sexarbeit als Teil der kleinen Heimat St. Pauli. Das Tragische ist, daß sich Linke dafür hergeben, Volkes Stimme zu spielen und die sozialen Argumente allzu bereitwillig einzutauschen gegen den Lokalpatriotismus: Linkspopulismus statt Klassenkampf verspricht mehr Zustimmung, Verankerung im Stadtteil. Aber um welchen Preis? Anstatt von den 28% Arbeitslosen im Stadtteil, dem Elend das krank macht, wird von der Tradition des ach so verwurzelten Krankenhauses im weltoffenen Stadtteil gefaselt. Das gipfelt dann darin, daß die Besetzung des Hafenkrankenhauses nur eine schlechte Karikatur ist. Nicht die Belegschaft erklärt den Betrieb für besetzt (sie hofft auf Weiterbeschäftigung in anderen Krankenhäusern), sondern die VertreterInnen des allgemeinen Stadtteilinteresses: An vorderster Stelle Frank Eyssen und Rolf Becker, zwei erfahrene Linke, die wissen, wie man sich in eine Stellvertreterpose wirft. Rolf Becker als soldarischer Gewerkschafter, Eyssen als ideeller Allzweckbetroffener mit seinem Büro für notwendige Einmischungen. Durch die Beteiligung von Leuten aus den Hafenstraße-Häusern schließt sich der Kreis: Hafen bleibt, Hafenkrankenhaus auch - guter Spruch. Aber waren das nicht auch welche aus der Hafenstraße, die 91 das "Viva St. Pauli-Festival" im Millerntorstadion des FC organisiert haben, wo alles und jeder auftrat, um den Stadtteil zu feiern? Von diesem Festival blieb vor allem das hängen, was auch vom Hafenkrankenhausprotest in dieser Form hängen bleiben wird: Sankt Pauli ist ein toller Stadtteil, unsere kleine Heimat, wo alle zusammengehören. Hafenstraße bleibt, Reeperbahn auch.

gruppe demontage

Schützt die Polizei!

Im Sternschanzenpark, auf dem Sternschanzenbahnhof und in der Umgebung dieser Orte patroullieren ständig mindestens zwei, meistens um die sechs und mitunter noch weit mehr uniformierte Polizisten. Nach eigener Aussage haben sie - mehr oder weniger gut bezahlt (das kommt auf den Standpunkt an!) - die Aufgabe übernommen, "das Viertel von Unrat zu befreien" (Polizeihauptmeister Gerber). Sie sind dort zum Schutz der weißen, besserverdienenden Bürgerinnen und Bürger vor Schwarzen, Bettlern, Dealern und anderem Ärgernis. Im Gegensatz zu ihren "zivil" gekleideten Kollegen - deren Zahl zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ebenfalls nicht gering zu schätzen ist - sind die Uniformierten deutlich zu erkennen. Noch bevor sie sich selbst im Blickfeld befinden, kündigt sich ihr Nahen oftmals durch Gruppen gehetzt laufender Menschen an. Leicht an ihren Uniformen zu erkennen, geben die - in der Regel in Zweiergruppen patroullierenden deutschen Schutzmannen und - frauen selbst eine perfekte Zielscheibe ab.

Wir sind besorgt!

Deshalb treffen wir uns mit einer möglichst großen Gruppe von Menschen, um den unerschrockenen Schutzleuten jedenfalls unregelmäßig Begleitschutz zu geben.

Damit sie den Mut nicht sinken lassen, singen wir ihnen und allen Interessierten dabei immer wieder folgendes Lied vor:

Wir ham den Tierschutzverein, wir ham den Kinderschutz,
wir ham den Rentenschutzverein und der ist gar nichts nutz.
Wir haben außerdem den Mutterfreudenschutzverband
und einen Schutzverband für's teure Vaterland.
Wir ham den Denkmalschutz, wir haben auch den Jugendschutz
und einen Schutzverband, der schützen soll vor Schutz und Schmutz.
Doch es gibt jemand, den man überhaupt nicht schützt -
ich möcht' hoffen, daß man mich da unterstützt! -
Schütze mir die Polizei vor Verdruß und Schererei!
Wenn ein Räuber überrascht wird und das Weglaufen vergißt,
ja, wer schützt den Polizist, ja wer schützt den Polizist?
Oder, sagen wir, ein Student geht spazieren vorm Parlament...
ja, was denkt der sich dabei? Schütze mir die Polizei!

Denn für Studenten haben wir ja sowieso nie Platz,
die solln doch erst was lernen, vorher sind sie für die Katz!
Und wenn sie Protestieren, wer beschützt die Polizei?
Ja, was ist schon ein Revolver oder'n Knüppel oder zwei?
Statt der Funkstreifenwagen Panzer!
Wer drin sitzt kann zwar nichts sehn, doch es kann ihm nichts geschehn.
Außerdem an jeder Ecke zwei Kanonen für die Leut',
Sie werden sehn, wie sich ihr Schutzmann drüber freut!

Drauf und dran, gehn wir's an, schützen jeden Mann:
Schütze mir die Polizei! Sie wär längst schon an der Reih!
Manchmal kann man sie bestechen und ich weiß ja, daß sie's trifft,
doch wer schützt den Polizist, ja wer schützt den Polizist?
Und wer schützt ihn vor dem Schmerz, wenn er pfeift und keiner hört's?
Oh, wir schützen jedes Tier, schützen Steuerhinterzieher,
schützen Volksdemokratien, schützen Schützenkompanien,
jeden Tag sind wir beim Schützen frisch dabei,
schützet auch die Polizei!

Wir verstehen unsere Aktion als selbstlos. Deshalb scheint es uns ratsam, nicht gerade in unserer Alltagskleidung zu erscheinen, um den FunktionärInnen deutscher Sicherheit und Ordnung keine Gelegenheit zu Dankesbezeugungen an andere zu geben.

Einige PolizistInnen reagieren so gerührt, daß sie vor Ort das persönliche Gespräch suchen. Dies erscheint uns als verständlich. Dennoch sehen wir unbedingt von einer Unterhaltung ab, da eine solche sie von ihrer eigentlichen, dienstlichen Aufgabe abhalten könnte.

Wir hoffen auf eure zahlreiche und sangesfreudige Unterstützung!

Die nächste Polizeischutzaktion wird in Bälde an dieser Stelle angekündigt.

Schanzenleben - Sondernummer

Irgendwo zwischen Wasserturm, Umstrukturierung und Ausgrenzung

Wir, einige Leute ums Schanzenviertel, wollen Ende März eine Sondernummer der „Schanzenleben" rausbringen. Wie sich die meisten vielleicht noch erinnern, gab's die „Schanzenleben" als Stadtteilzeitung 1981 - 93. Aus verschiedenen Gründen wurde sie dann eingestellt. Wir überlegen schon seit einiger Zeit, eine Broschüre zum Thema Wasserturm zu veröffentlichen. Dabei haben wir uns an die Tradition der „Schanzenleben" erinnert und verstehen uns daher aus passendem Anlaß als Schanzenleben-Sondernummer. Unkraut vergeht halt doch nicht...

Unser Ausgangspunkt

Nach der Zustimmung des Bezirks zu Storr's Bauantrag schien, glaubt mensch dem Bezirk, der Konflikt um den Wasserturm erstmal gelaufen. Dem ist nicht so! Der Widerstand gegen ein Luxushotel im Wasserturm entwickelt sich erst. Wir haben von einigen Leuten mitbekommen, daß sie wachsendes Interesse an den Auseinandersetzungen um den Wasserturm haben, bzw. das Interesse an Information zunimmt. Wir wollen versuchen, mit unserer Sondernummer einen gewissen Stand der Diskussion darzustellen. Darüber hinaus wollen wir allerdings auch Verknüpfungen mit anderen Themen aufzeigen. Gerade im Zusammenhang mit anderen Veränderungen hier wie Sozialabbau, Hafenkrankenhaus, Platzverweisen und Bettelverboten hat der Umbau des Wasserturms seine Brisanz. Die Umstrukturierung des Turms wollen wir nicht isoliert, sondern im zusammengreifenden gesellschaftlichen Prozeß darstellen. Wir wollen versuchen mit unserer Sondernummer einen Ansatzpunkt für einen größeren Widerstand gegen das Luxushotel zu schaffen. Wir wünschen uns, daß sich viele Leute überlegen, wie sie sich an diesem Widerstand beteiligen können.

Inhaltliche Fragen für unsere Sondernummer

Wir haben ganz grob folgende Artikel geplant:

Geschichte des Wasserturms / Pläne von Storr / Drogen und Park / Situation schwarzer Dealer / Perspektiven für eine andere Drogenpolitik / Umstrukturierung, Globalisierung, Vertreibung / Umstrukturierung als Aufstandsbekämpfung / Aus den Augen aus dem Sinn: Bettelverbote / Hafenkrankenhaus / Zeise II *(heißt das nicht „4001-Kino" auf dem Laue-Gelände und läßt Investorenpläne höher schlagen?! d.Setzer)* / Hafenrand / Perspektiven im Kampf gegen Umstrukturierung

Alle, die etwas dazu schreiben wollen, können bis zum 20.3.97 Texte an unsere Kontaktadresse schicken. Falls ihr etwas längeres schreiben wollt, dann setzt euch bitte frühzeitig mit uns in Verbindung. Wir freuen uns jedenfalls über Zuschriften.

Artikel, BekennerInnenschreiben und ähnliches an:
Schanzenleben - Sondernummer
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
20357 Hamburg

Redaktonsschluß: 20.3.97!!

Wir hoffen auf rege Beteiligung...

die Redaktion *(nee, nicht wir. die vom schanzenleben. die zeck)*

L'europe des luttes, c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

FernfahrerInnenstreik in Spanien
Einige Bemerkungen:
Der Streik fing am 6.2.96 an. Im Laufe der letzten 2 Wochen, dieser Text gibt den Stand vom 19.2 wieder, haben FernfahrerInnen Blockaden an Autobahnen, vor Fabriken und Häfen hauptsächlich in Norden Spaniens und im Euskadi errichtet. Dies hat zur Lahmlegung der Produktion hauptsächlich in Autofabriken, zu Versorgungsproblemen in Supermärkten und zu gewaltigen Staus geführt. Auch in Deutschland sind mehrere Werke von VW und Opel dabei, die Produktion zu stoppen und Kurzarbeitergeld zu beantragen, weil fehlende Teile aus Spanien für die Endfertigung benötigt werden. Die Produktionsausfälle werden durch flexible Arbeitszeitregelungen auf die Rücken der Beschäftigten abgewälzt, die zu Mehrarbeit ohne Zuschläge verpflichtet sind, wenn die Produktion wieder in Gang gekommen ist. Ein Mensch wurde schon an einer Sperre überrollt und getötet, als er versuchte einen französischen LKW anzuhalten. Es ist zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Streikposten gekommen, und zahlreiche Menschen wurden festgenommen. Die Polizei in Euskadi (Ertzaintzas) ging besonders brutal vor. Auch in anderen Teilen Spaniens wurden Streikposten geräumt und LKW-Konvois von der Guardia Civil eskortiert. Der spanische Premier Aznar versucht neben zähen Verhandlungen die Streikbewegung zu spalten, indem er die von ihm als radikal bezeichneten Streikenden zum Umfeld der ETA rechnet.
Die von der Gewerkschaft Fedatrans gestellten Forderungen sind: Pflichtverrentung mit 60 zu 100% des Lohnes und freiwillige Verrentung mit 55, mit Inkaufnahme von Abstrichen; Anerkennung von Berufskrankheiten; Kraftstoff-Rabatt für alle FernfahrerInnen; Verschärfungen des Zulassungsverfahrens für neue Transportunternehmen. Die Gewerkschaft Fedatrans hat den Streik ausgerufen. Sie ist eine Gewerkschaft, die die Interessen selbstständiger FernfahrerInnen vertritt. 86% der Transportunternehmen in Spanien repräsentieren Firmen mit einem LKW. Fedatrans gehört weiter zum CNTC, dem nationalen Komitee für Ferntransport (Dachverband der Gewerkschaften im Transportbereich) aber hat dort kein Stimmrecht. Sie fordert direkte Verhandlungen mit der Regierung ohne den Umweg über den Dachverband, dessen Vorschläge zur Einigung in diesem Streik deutlich von ihren abweichen. Zum Beispiel würden selbstständige FernfahrerInnen diesen Kraftstoffrabatt nicht bekommen. Fedatrans hat einen Rabatt von 14 Pesetas pro Liter gefordert, während die anderen sich mit dem Angebot der Regierung von 5 bis 10 Pesetas begnügen. (1 Liter Diesel kostet c. 94 Ptas. 100 Ptas = 1,11 DM).
Am 18.11.96 fing ein FernfahrerInnenstreik in Frankreich an. Nach 12 Tagen lenkte die Regierung ein und erfüllte alle Forderungen der Streikenden. Verrentung mit 55 nach 25 Jahren Arbeit. Reduktion der Karenztagen von 10 auf 5. Neudefinition von Übernachtungskosten, Sonntagsfahrverbot für ausländische LKW, Neuregelung der Arbeitszeiten, eine Einmalzahlung von 3000 F. Der Streik begann mit einem von den Gewerkschaften angesetzten Aktionstag, aber ist hauptsächlich ohne gewerkschaftliche Lenkung weitergeführt worden. Es ist hier anzumerken, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Streik nur 7% betrug. Generell beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich weniger als 10%. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß der unmittelbare Lohnausfall eines Streiks nicht durch gewerkschaftliche Streikkassen ausgeglichen wird. Dies führt dazu, daß die Streikbewegung weniger abhängig vom Gewerkschaftsapparat ist als in der BRD. Ausfälle werden normalerweise durch Verhandlungen nach dem Ende des Streiks für alle, und nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder, ausgeglichen. Ein Streik muß deshalb möglichst erfolgreich enden. (s. Arbeiterpolitik Nr.1, Jan 96).
Ab 1.7.98 fallen in den EG-Staaten die Beschränkungen für ausländische Transportunternehmen am innerstaatlichen Verkehr jedes Mitgliedslandes weg. Die spanischen FernfahrerInnen sind die mit am schlechtesten Bezahlten in Europa. Die französischen betonen ihre Ängste von ihnen 1998 unterboten zu werden. Dagegen sind die fixen Kosten im französischen Transportbereich erheblich geringer als in vielen anderen Staaten. Die Freigabe des innerstaatlichen Fernverkehrs wird zu einem Konkurrenzkampf führen, der das unterste Niveau zum Standard machen könnte. Der spanische Streik kann als Versuch gesehen werden, der drohenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Widerstand durch innerstaatliche Absicherung entgegenzusetzen.
Auch jetzt ist es z.B. in der BRD möglich, daß ausländische Unternehmen in Konkurrenz zum inländischen Markt agieren. Dies kann jedoch nur unter Beschränkungen des Güterkraftverkehrsgesetzes geschehen, die im Zuge der EG-Entwicklungen aufgeweicht werden. Als Effekt soll es ermöglicht werden, daß ausländische SubunternehmerInnen als BilliganbieterInnen von der BRD-Industrie benutzt werden können. Es ist im Interesse des Europa-Kapitals, mit am stärksten durch das BRD-Kapital vertreten, die Lohnkosten im Transportbereich soweit wie möglich zu senken. Darüber hinaus sind die Speditionen bestrebt, Risiko und Kosten auf die FernfahrerInnen abzuwälzen, indem sie Betriebsangehörige in die Scheinselbständigkeit zwingen. Dies ist jetzt schon Praxis in der BRD und bedeutet, daß diese ArbeiterInnen Miete und Wertverlust des LKWs bezahlen müssen, und dafür mit einem Stundenlohn von 25 DM abgegolten werden.

Italienische AnarchistInnen.
Die Vorverhandlungen zu den Ermittlungen gegen 68 AnarchistInnen sollten am 16.1.97 anfangen (s. Feb. Zeck). Diese wurden aber zum zweiten Mal verschoben, diesmal auf den 19., 20., 22. und 24. März. Begründet wurde das damit, den Richtern die Möglichkeit zu geben, Michele Pontolillo und Giovanni Barcia zu verhören, 2 AnarchistInnen, die von den Ermittlungen betroffen sind, und die am 18.12.96 in Cordoba (Spanien) bei einem Banküberfall festgenommen wurden. In dem Schußwechsel sind 2 Polizisten ums Leben gekommen. Für weitere Infos zu den Verfahren gegen AnarchistInnen in Italien: 'der Ausbruch' Nr.2 zu beziehen für 2DM +Porto bei Soligruppe Italien, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 81677 München. Ein theoretischer Text 'vom Krawall zum Aufstand' von Alfredo Bonanno, der als Chef der fiktiven bewaffneten Bande ORAI gelten soll, ist für 3DM bei L'europe des luttes zu beziehen.

AsylbewerberInnen im Hungerstreik.
Mehr als 30 AsylbewerberInnen, die im Gefängnis von Rochester in England untergebracht sind, sind seit dem 6.1.97 im Hungerstreik. Sie protestieren u.a. gegen ihre Unterbringung in einem Gefängnis. Einige von ihnen sind in einem sehr kritischen physischen Zustand. Leider liegen uns sehr wenige Informationen vor, für mehr Infos solltet Ihr Euch an die folgende Adresse wenden: ARCH c/o SQUASH, 2 St. Pauls Rd., London N1 2QN.

Schwarzmarkt: Auch weiterhin keine Sonntagsbrötchen!

Aber neue Öffnungszeiten ab dem 10.3., nämlich
Montag, Mittwoch und Freitag 14 bis 19.30 Uhr *(suuper!)*
FrauenLesbentag Donnerstag 16 bis 19 Uhr
Samstag wie gehabt 12 bis 15 Uhr





URBAN NOISE

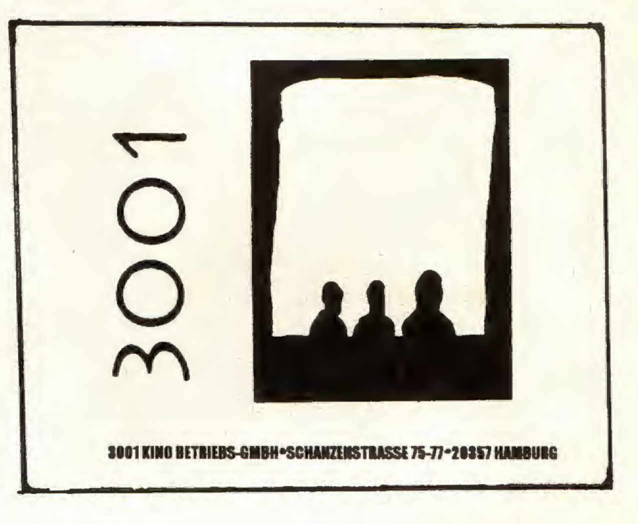
SOUNDWERKSTATT
DIE KLANG & GERÄUSCH COOPERATIVE

Komplette Produktionen von der Aufnahme bis zur fertigen CD möglich

- **16/24-Spur Recording**
- **Digitale Sound & Midi Workstation**
- **Digitale Postproduktion**

Tel.: 0172/245 70 75
040/724 67 69







BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG	20357 HAMBURG
TEL. 040 / 430 08 08	TEL. 040 / 430 08 88
FAX 040 / 430 16 37	SPIELE 040 / 439 68 32
	FAX 040 / 43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr







KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00

Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)



cultureel agenda maarts

rode flora

fr, 7.3. konsert met een verrassingsgroup in de volkskeuken, vf 21 uur.
za, 8.3. shantytown soundsysteem, vf 22 uur.
zon, 9.3. klub van de cultureel veronzekerten. de exclusieve in-klub voor de postmoderne hedonisten. detroit en minimal, vf 22 uur.
di, 11.3. konsert met de twee hardcore groupen framenti en d.d.i. vanuit italie, leoncavallo, vf 21 uur.
fr, 14.3. volkskeuken-konsert in de traditie van de meßpunkt serie, vf 21 uur.
za, 15.3. 5 jaaren crucial vibes soundsysteem geboortedags-reggaepartij, vf 22 uur.
woe, 19.3. bijeenkomst over de cultureel praktieken en de relatie van de sexen in de rode flora, vf 19 uur.
do, 20.3. high gain yard. een nieuwe dubclub in de leoncavallo ruim, elk deerde donderdag, vf 21 uur.
za, 22.3. lionhearts. gepresenteert van de sound navigator posse, vf 22 uur.
ma, 24.3. volmondorkestra, vf 21 uur.
za, 29.3. link. detroit, chicago en elektro frequentiemodulaties zorgen voor een smaakelijke danserij, vf 22 uur.

Staats-Prämie für Hausbesetzer

Von CHRISTIAN KERSTING

Staats-Knete für Hausbesetzer und Autonome. Ein Stück aus dem Tollhaus, was Kultursenatorin Dr. Christina Weiss sich da leistet. 20 000 Mark für die „Rote Flora". Die Senatorin hält die seit Jahren besetzte Theaterruine im Schanzenviertel für einen „profilierten Hamburger Musikclub". So blauäugig kann Frau Dr. Weiss eigentlich nicht sein. Als Senatorin muß sie wissen, daß die „Rote Flora" schon immer ein Treffpunkt radikaler Autonomer war, die unsere Republik als Bullen-Staat bekämpfen.

bild, 4.12.96

regelmatige termijnen in de flora:
ab märz trifft sich die veranstaltungsgruppe montags ab 18 Uhr!

mandag: 17-21 uur cafe, **18 uur cultuurgroep**, 18-20 uur bromfietsselfhelp, 19:30 uur vegane volkskeuken. *dinsdag:* 16-22 uur dubcafe. *woensdag:* 16:30-? uur cafe met taart. *donderdag:* 17-21 uur cafe, 17-19 uur fietsselfhelp, 19:30 vegan of vegetarisch eten. *zaterdag:* 11-15 uur ontbijt, 16-19 uur fietsselfhelp. *zondag:* elk 1. en 3. in de maand vf 10 uur vrouwenontbijt.
archief van de socialen bewegeningen en foto archief: do 16-19 uur (ludwigstraße 13, 2. verdieping)

stortebekeren

za, 1.3. bka-benefiet met blendwerk, superpunk, hotzenplotz en potatoe fritz. deeze vier punkgroupen speelen voor en flikkerwonprojekt in altona 21 uur.
fr, 14.3. 11 toes (hannover), burning heads (frankrijk). melodieuse hc-avond, 21 uur.
fr, 28.3. said and done (hh), scatha (scot) counterblast (swe), hardcorepunk rules galore, 21 uur.
za, 29.3. hammerfall, haf (en gasten) duitspunk uit berlijn, 21 uur



...and when the system starts to crack - we have to be ready to get it all back.